

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157.

Dienstag, den 9. Juli 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die eine Tagesordnung.

Aus Wien wird uns von unserem Mitarbeiter geschrieben:

Das Parlament tagt nun schon drei Wochen und auf seiner Tagesordnung steht noch immer der eine Punkt: der Wahlsieg der Sozialdemokratie. Sie möchten ja gern von anderen Dingen reden, die Herren von den bürgerlichen Parteien, sie möchten, wie man sich im österreichischen Parlamentsjargon ausdrückt, „arbeiten“, d. h. das Budget bewilligen, Rekruten bewilligen, Steuern bewilligen, aber sie wissen nicht, ob das nicht der Sozialdemokratie wieder neue Wählergruppen zuführt; sie möchten auch gern Demagogie treiben, den Beamten und Arbeitern und dem kleinen Mann überhaupt schöne Worte bieten, aber sie wissen nicht, ob sie nicht damit die Sozialdemokraten nützen. Sie wissen nicht, ob Scharfmacherpolitik oder Sozialreform, ob Antiklerikalismus oder Merikalismus, ob nationaler Radikalismus oder nationale Duldbarkeit ihnen mehr schaden. Der Sozialistenscheck liegt ihnen noch in den Gliedern und wie hypnotisiert harrten sie immer auf das Zentrum, wo die 87 Sozialdemokraten sitzen.

So schwanken sie denn zwischen Vernunft und Gemeinheit hin und her, und können sich nicht entscheiden. Und wenn sie dann das Dummste gemacht haben, schimpfen sie über die Sozialdemokratie, die natürlich an allem Schuld ist. Es ist klar, daß in einer solchen Situation, wo das Bürgertum nur in Politik der Nationalität macht, die Partei, die noch eine gewisse Geschlossenheit und Disziplin, die vor allem die nötige Portion Skrupellosigkeit hat, die Führung an sich reißen muß. Das sind nun hier die Christlichsozialen, die 66 Mann stark ins Parlament eingezogen und durch die Vereinigung mit den Antiklerikalen zu einer Partei von 96 Mann geworden sind. Da alle offenen und versteckten Merikalen ihnen anhängen, sind sie tatsächlich der Mittelpunkt der neuen Majorität geworden, deren zweites Glied die konservativen Polen sind und die bei den um ihre Minister besorgten Deutschnationalen Gefolgschaft findet.

Alle diese Tendenzen zeigten sich gleich bei der Präsidentschaftswahl. Da wurde mit riesiger Mehrheit der Wiener Magistratsdirektor Dr. Weiskirchner gewählt, ohne daß die anderen Parteien auch nur erstlich einen Widerspruch gewagt hätten. Zu Stellvertretern wählte diese Majorität einen halbklerikalen Tschechen und einen starkklerikalen Polen. Um den Anspruch der Sozialdemokraten als der zweitstärksten Partei drückte man sich mit der Berufung auf das stärkere Recht der Nationen. Aber man verpflichtete sich, in kürzester Zeit die Zahl der Vizepräsidenten zu vermindern und die neuen Vizepräsidenten aus den Deutschnationalen und Sozialdemokraten zu wählen. Und nur weiß man nicht, ob man diese Verpflichtung erfüllen oder die Sozialdemokraten um ihren Anspruch betrügen soll. Man fürchtet mit beidem eine Dummheit zu tun. Schließlich wird man wohl in den sauren Apfel beißen und den Sozialdemokraten in das Präsidium berufen.

Kaum war man diese erste Sorge los, so begann schon die zweite. Alle bürgerlichen Parteien brachten gemeinsam einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Regierung auffordert, die Finanzen der Länder durch staatliche Subventionen zu sanieren. Die Sozialdemokraten benutzten diese Gelegenheit um die Frage der Landtagswahlordnungen zur Sprache zu bringen. Drei sozialdemokratische Redner, Kerner, Soukup und Diamand, legten die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes für die Landtage in eindringlichen Worten dar. Das war den bürgerlichen „Volksparteien“ sehr unangenehm, da sie sich weder für das allgemeine Wahlrecht entscheiden mochten, noch dagegen zu stimmen wagten, und so ließen sie denn durch den Polen Abrahamowicz den Antrag stellen, den sozialdem. Zusatzantrag auszuschneiden, da er mit dem Hauptantrag „nicht in Zusammenhang“ stehe. Dieser geschäftsordnungswidrige Antrag wurde zwar angenommen, aber die einzige Folge war, daß die Sozialdemokraten ihren Antrag nun in einen selbständigen Dringlichkeitsantrag umwandeln und daß man also darüber trotzdem abstimmen müssen.

Nach den Landesfinanzen kam ein anderer Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung, dessen Einbringung alle Parteien den Wählern unmittelbar nach den Wahlen versprochen hatten, der ihnen aber jetzt sehr unangenehm war. Es handelte sich dabei um die wichtige Frage des Koalitionsrechtes der Staatsbeamten. Bei den Wahlen hatten auch drei Beamte — Leiter der Organisation der Staatsbeamten — kandidiert, davon zwei in Wien als Gegenkandidaten der christlichsozialen Führer Queer und Liechtenstein. Am Tage nach der Wahl wurden nun alle drei im Disziplinarwege in kleine Provinzorte versetzt. Die Folge davon war eine allgemeine Erregung unter den

Beamten, die den Christlichsozialen die Schuld an diesen Maßregelungen zuschrieben und die Parteien bestürmten, die Angelegenheit sofort im Parlament zur Sprache zu bringen. So standen nun drei Dringlichkeitsanträge wegen der Beamtenmaßregelungen zur Verhandlung. Der Antrag der Sozialdemokratie verlangte, daß das Haus die Verfolgung der Beamten verurteile und deren sofortige Rücknahme verlange; zugleich wurde die Regierung aufgefordert, dem Hause ehestens den Entwurf eines Gesetzes zu unterbreiten, das das Recht der Beamten auf freie Meinungsäußerung und auf Organisation sicherstellt. Auch da suchten sich die bürgerlichen Antragsteller durch schöne Reden vom Wohlwollen der Regierung herauszuwinden, während die Sozialdemokraten das Hauptgewicht auf das volle Koalitionsrecht der Beamten legten. Durch die Darlegungen des Finanzministers Kornowski ergab sich, daß die Disziplinierung der Beamten in scharfen Reden bei Versammlungen und in ihrer Organisationsfähigkeit ihren Grund hatte. Die prinzipielle Stellung der Sozialdemokraten wurde von den Abg. Glöckel und Winter eingehend erörtert; die Regierung wurde eigentlich nur von den Christlichsozialen verteidigt. Für die Abstimmung hatten sich die bürgerlichen Parteien dahin geeinigt, daß sie bloß den Antrag der Deutschnationalen, der die Regierung auffordert, eine „modernere Rechtsanschauungen entsprechende Dienstpragmatik“ für die Staatsbeamten vorzulegen, annehmen wollten. Als es aber zur Abstimmung kam, ließ ein Teil der Deutschnationalen den eigenen Antrag im Stich und stimmte für den radikaleren Antrag der Sozialdemokraten. Nur dem Umstande, daß die Polen und Christlichsozialen vollzählig im Hause waren, ist es zuzuschreiben, daß dieser Antrag nicht die Majorität fand. Der deutschnationaler Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Die Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß es nicht beim bloßen Versprechen bleibt. Jedenfalls haben die Beamten bei dieser Gelegenheit die Redlichkeit der bürgerlichen Parteien kennen gelernt und zahlreiche Kundgebungen von Beamtenversammlungen zeigen, daß diese Lehre nicht spurlos vorübergehen wird.

Einen breiten Raum nahm die Debatte über die Dringlichkeitsanträge wegen der galizischen Wahlmissbräuche ein. Solcher Anträge lagen fünf vor, darunter zwei sozialdemokratische — einer verlangte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungskommisses, der zweite forderte die Regierung auf, die Opfer eines nach der Wahl in Przemyśl von der Polizei veranstalteten Massacres zu entschädigen. Die drei anderen Anträge waren von oppositionellen galizischen Abgeordneten eingebracht. Diese Debatte wurde nahezu vollständig von den Sozialdemokraten beherrscht. In leidenschaftlichen Reden schilderten die polnischen Genossen Hudec, Lieberman, Diamand und Moraczewski, sowie der ruthenische Genosse Wityk die Wahlerpressungen der galizischen Verwaltung. Bei diesen Wahlen wurde nicht nur vor den Augen der Behörden unverschämtester Stimmenkauf getrieben, sondern die Bezirkshauptleute stellten ihren ganzen amtlichen Einfluß den Kandidaten der polnischen Schlachta zur Verfügung. So wurden in Kolomea 232 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten annulliert um dem Kandidaten der Schlachta eine Majorität von 4 Stimmen zu verschaffen. Überall wurden amtliche Stimmzettel ausgegeben, die die Namen der Kandidaten der Schlachta bereits aufgedruckt hatten; die oppositionellen Wähler wurden massenhaft verhaftet und erst nach der Wahl freigelassen. Die Wahlkommissionen öffneten die Stimmzettel und wiesen oppositionelle Wähler ohne jeden Grund weg. Auch hier wagten es außer den Abgeordneten des Polenklubs nur die Christlichsozialen offen für die Regierung einzutreten. Sie verschanzten sich hinter der Ausrede, daß man alle diese Beschwerden im Legitimationsausschusse prüfen werde. Im Namen der Regierung erklärte der Minister des Innern Bienerth, daß er alle „generalisierenden“ Angriffe auf die politische Verwaltung zurückweise, er verlangte aber, man solle zur Regierung das Vertrauen haben, daß sie alle wirklich vorgekommenen Mißstände verfolgen werde. Die sozialdemokratischen Redner appellierten „an das Haus, sich doch selbst von der Wahrheit der vielen vorgebrachten Beschwerden zu überzeugen. Es war vergebens. Die klerikal-polnisch-deutschnationaler Majorität stimmte die Anträge nieder. Aber sie vermochte nicht zu verhindern, daß die Öffentlichkeit nun auf die skandalösen Vorfälle, die sich bei den Wahlen in Galizien ereigneten, aufmerksam gemacht wurde, und daß die Reden, die da gehalten wurden, zur Aufrüttelung der Bevölkerung in Galizien ganz gewaltig beigetragen haben. Trotz aller Wahlschwindereien vermochte der Polenklub von den 106 galizischen Mandaten nur 56 zu retten; aber auch von diesen wird er bei den nächsten Wahlen einen Teil an die Sozialdemokraten und an die radikalen Bauern abgeben müssen.

Jetzt verhandelt das Haus über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgem. gleichen Wahlrechtes für die Landtage, wenn die Majorität auch diesen

abgelehnt haben wird, wird sie endlich zu ihrer so heiß ersehnten Debatte über das Budgetprovisorium kommen.

Die Sozialdemokraten können mit diesem ersten Teil der parlamentarischen Session ganz zufrieden sein. Sie haben in diesen drei Wochen nicht nur tüchtige Agitationsarbeit geleistet, sondern sie haben auch die Volksfeindlichkeit der sog. bürgerlichen Volksparteien aufgezeigt. Und die Wut namentlich der Christlichsozialen über diese sozialdemokratische Tätigkeit zeigt, daß die sozialdemokratische Fraktion gute Arbeit geleistet hat.

Die Sozialdemokratie und die Privatbeamten.

Zeit den letzten Reichstagswahlen ist unter den bürgerlichen Parteien ein Wettrennen um die Gunst der Privatbeamten entbrannt. Warum, das hat der Oberlehrer Ling im Reichstag in seiner bekannten Geschwätzigkeit freimütig ausgeplaudert: die Privatbeamten haben bei der jüngsten Reichstagswahl stramm für die bürgerlichen Parteien gestimmt; das heißt sie haben sich als Wahltreiber gegen die Sozialdemokratie gebrauchen lassen.

Das alles würde uns nicht weiter interessieren, mindestens keine Verantwortung geben, daß wir uns jetzt damit beschäftigen, wenn nicht in diesen Tagen über das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den Privatbeamten falsche Behauptungen in die Welt gesetzt worden wären. Es handelt sich dabei um die Einbeziehung der Privatbeamten in die staatliche Versicherung. Dafür sollen die Sozialdemokraten bisher nichts getan haben. Diese Behauptung ist unwahr. Aber auch noch um einige andere Dinge, die den Privatbeamten sehr zu Herzen gehen müssen, haben sich die Sozialdemokraten im Reichstag, gesammelt am 14. März, im Reichstag über die Interpellation des nationalliberalen Hehl v. Herrnsheim betreffend die einzuführende Zwangsversicherung der Privatbeamten verhandelt. Bei dieser Gelegenheit führte der sozialdemokratische Abgeordnete Heine folgendes aus:

„Heute herrscht ja allgemeine Begeisterung für die Privatbeamten. Mir scheint aber doch, daß das Automobil nur geheizt wird, aber noch nicht abgefahren ist. Wir wissen also noch garnicht, welches Tempo später eingeschlagen wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nebenbei bemerkt, ist der Vater des Wortes vom „Automobiltempo“ der bekannte Abgeordnete v. Dirksen, der es im preussischen Abgeordnetenhaus geäußert hat. — Wir stehen der Frage der Fürsorge für die Privatangestellten, denen man zum vorläufigen Trost den schönsten Namen der Privatbeamten verliehen hat, wohlwollend gegenüber und unterzeichnen jedes Wort, das Herr v. Hehl über ihre Bedeutung gesagt. Wir gehen aber noch weiter und erklären, daß gerade diese Privatbeamten die eigentlichen Leiter und Führer der Industrie sind. (Unruhe bei den Liberalen.) Die Herren Hehl meinen oft recht fern von den Geschäften und um recht wenig. (Lebh. Widerspruch bei den Natl. und den Freil. Zuruf bei den Sozialdem.) Sie tun garnichts.) Nein, so hoch ist die Industrie nicht, das zu behaupten. Am meisten gilt das noch von der Landwirtschaft, in der die Inspektoren die Güter bewirtschaften, während die Herren sich in Berlin amüsieren. (Zust. b. d. Soz. Unruhe rechts.) Und gerade die Lage dieser landwirtschaftlichen Privatbeamten ist, wie der Staatssekretär ausgeführt hat und auch ich bekräftigen kann, oft äußerst traurig. Die Rechtsanwältinnen werden oft von alten Inspektoren angegangen, ihnen Stellen als Bureau-schreiber zu verschaffen. (Hört, hört!) — Die Lage dieser Schichten ist von großer Bedeutung für die ganze Gesellschaft. Die Privatbeamten stellen bilden gewissermaßen das Sprungbrett für das Talent, das sich in der arbeitenden Klasse entwickelt. Man hat ja für diese Schichten den Namen des „neuen Mittelstandes“ gebildet. Die Lage des neuen Mittelstandes ist durchweg prekärer, unsicherer als vielfach selbst die der Arbeiterklasse. Es ist auch sehr schwer, ihn genau von der Arbeiterklasse abzugrenzen. (Zust. bei den Soz.) Charakteristisch für diese Schichten ist auch der häufige Wechsel des Berufs. Bei dem engen Zusammenhang der Privatbeamten mit der Arbeiterklasse anbietet es sich von selbst, die für sie bestimmte Gesetzgebung an die Arbeiterversicherungsgesetzgebung anzugliedern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schweigt doch die wirtschaftliche Entwicklung die Interessen der Arbeiter und der Privatbeamten immer mehr zusammen. (Zust. b. d. Soz.)

„Einer der Vorredner hat hier mit Recht von dem Wucher gesprochen, der mit der Arbeitskraft der Privatbeamten ergriffen wird. Wir Sozialdemokraten beantragen 1893, die wucherische Ausbeutung der Arbeitskraft unter Strafe zu stellen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Zum Dank dafür haben uns die Flugblätter der Mittelstandspolitiker nachgeschickt, wir wären gegen die Wucherer gewesen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist den Privatbeamten oft weit schwerer als bei anderen, Stellung zu finden. Die Konkurrenzkaufen verschlechtert ihre Lage noch mehr. Freilich leiden auch die Arbeiter unter solchen Konkurrenzkaufen, wie sie u. a. auch bei der Firma Hehl ganz alltäglich sein sollen. (Lebh. Hört! hört! b. d. Soz.) Die höhere Lebenshaltung, die von den Privatbeamten gefordert wird, erschwert ihnen noch mehr ihr Fortkommen. Wir haben in dieser Session einen Antrag eingebracht, der eine Reihe

Forcedingen zu Gunsten der Privatangestellten enthält. Wir fordern, daß die Verhältnisse dieser Klasse durch Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik aufgeklärt werden. Als dagegen das preussische Justizministerium eine Erhebung über die Lage der Anwaltsangestellten voranstaltete, wandte es sich nicht an die Anwaltsangestellten, sondern an die Organisation der Arbeiter, die Anwaltskammern. Natürlich erwiderten die ganze Reihe Anwaltskammern, daß alles schon in Ordnung sei. Ich will mich über die Denkschrift durchaus nicht aussprechen. (Hör! Hör! bei den Sozialdemokraten.) Das wundert mich, daß ich mich über die Antwort des Staatssekretärs nicht gerade hoffnungsvoll. Von den Privatangestellten 14 übergar 11 Proz. ihrer Einkommen für die Versicherung zu fordern, ist denn doch ein bisschen zu viel. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es kann sich nur um eine Reichsversicherungseinrichtung handeln, denn es geht nicht, die Versicherungen etwa auf die Privatversicherungen anzuweisen und diesen dadurch die Vorteile des Versicherungszwangs zuzuschlagen. Für die Berufsvereine selbst bleibt dann noch immer das weite Gebiet der Zuschußversicherung. Empfehlenswert scheint uns der Anschluß an die Invaliditäts- und Altersversicherung unter gleichzeitiger Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den Betrübnisstreit der bürgerlichen Parteien mischen wir uns nicht ein; ich bemerke aber, daß wir Sozialdemokraten von 1899 die Einziehung aller Angestellten mit Einkommen bis zu 3000 Mark in die Invaliditäts- und Altersversicherung beantragt haben. (Hör! Hör! b. d. Soz.) Das wurde abgelehnt und es gab eine Zeit, in der Eugen Richter in Verbindung mit der Zentrumspartei sich für den allmählichen Abbau der Invaliditätsversicherung ausgesprochen hat. (Hör! Hör! b. d. Soz.) Man hat uns nicht zur Teilnahme an der Vorbesprechung aufgefordert. Wir werden aber doch ohne Empfindlichkeit an der Fürsorge für die Privatbeamten mitarbeiten und uns besonders freuen, wenn dabei gleichzeitig die Arbeiterversicherung verbessert wird. (Leb! Beifall b. d. Soz.)

In einer zweiten Rede führte seine aus: „Die nationalliberalen Redner rühmen ihre sozialreformistische Partei. Bis zu vier Wochen vor den Reichstagswahlen gespielte die nationalliberale Partei in eine schamhafte und eine sozialreformistische Hälfte. 1898 sprach Herr Bassermann gegen das Zuchthausgesetz und einer seiner Fraktionsfreunde brachte einen Antrag ein, der dem Gesetz das Leben sichern sollte. (Sehr wahr! b. d. Soz. und b. d. Zentr.) Herr Bassermann sprach gegen das Berufsvereinsgesetz, weil es, wie er mit Recht hervorhob, arbeitserfindlich sei und Herr Bismarck auch gegen das Gesetz, aber weil es angeblich zu arbeitserfindlich sei. (Weiterheit und b. d. Soz.) Wir haben ja nichts dagegen, wenn die Nationalliberalen jetzt ernsthaft Sozialreformen betreiben wollen. (Weiter.) Wir freuen uns über alle sozialreformistischen Aktionen, wenn wir auch nicht verhehlen, daß sie hinter unseren Wünschen zurückbleiben und daß meist mehr Schein als wirkliche Wirkungen dahinter steckt. (Leb! Just. b. d. Soz.) Wir fürchten nicht, durch Sozialreform aus dem Sattel gehoben zu werden. Je besser es dem Arbeiter geht, um so mehr Zeit er für seine geistige Kultur hat, um so sicherer wird er sich der Sozialdemokratie zuwenden. (Leb! Just. b. d. Soz.)

Herr v. Seyd bestreitet Konkurrenzklauseilverträge, wie ich sie hier geschildert habe, abgeschlossen zu haben. Wir haben jedenfalls zwei solcher Verträge vorliegen. Der eine war mit einem Angestellten mit 24 Mk. Wochenlohn abgeschlossen. (Weiterheit.) Der andere mit einem Vertrauenspersonen abzuschließen. (Leb! Weiterheit.) Nun gut, die Vertrauensperson mit 24 Mk. Wochenlohn (erneut Weiterheit) verpflichtet sich, nach Auflösung des Vertrages fünf Jahre lang nicht in einer gleichen oder auch nur in einer ähnlichen Geschäftstätigkeit in Westfalen, der Rheinprovinz, Süddeutschland, Thüringen und im Königreich Sachsen tätig zu sein. (Wenigung. Hör! Hör! bei den Soz.) Nähere Angaben will ich nicht machen, um den Betroffenen nicht kenntlich zu machen. (Hör! Hör! bei den Soz.) Im Fall des Zuwiderhandelns sieht der Vertrag eine Konventionalstrafe von 5000 Mark — also das Vierfache des Jahresverdienstes des Mannes (Hör! Hör!) und den Ertrag des etwa darüber hinaus entstehenden Schadens vor. Wäre sie mit einem Handelsangestellten abgeschlossen, so wäre die Klausel nach dem Handelsgesetzbuch einfach ungültig. Leider gibt es für gewerbliche Angestellte eine solche Bestimmung nicht. Selbst wenn die Kündigung von der Firma ausgeht, bleibt die Konventionalstrafe in derselben Höhe bestehen. (Hör! Hör! b. d. Soz.) Nur, daß die Karenzzeit auf zwei Jahre herabgesetzt wird. Solche Verträge bezogen die Richtigkeit meiner Behauptung, daß die Vertrauenspersonen häufig noch schlechter daran sind als die Arbeiter. (Sehr richtig bei den Soz.)

Bei der Beratung des Justizamts, am 23. April, kam unser Genosse Stadthagen noch einmal auf die Sache zurück. In scharfen Worten zeigte er die Konkurrenzklausel für deren Beseitigung die bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Stadthagen jagte: „Wir haben längst die Beseitigung der Konkurrenzklausel aus den Verträgen mit Angestellten gefordert. Die Mehrheit hat immer unsere Anträge niedergestimmt, obwohl die Unmoral der Konkurrenzklausel allgemein anerkannt ist. In ungeheurerlicher Art, in wucherischer Weise werden Arbeitslose durch die hohen Konventionalstrafen unbilliger Verträge terrorisiert. Handlungsgehilfen, Vertreiber, Schauspieler, in letzter Zeit auch in wachsender Zahl einfache Arbeiter werden davon betroffen. Die Nationalliberalen bestärken ihre ablehnende Haltung mit ihrem Vertrauen auf die guten Sitten des Chefs. Die unhaltbaren, unbilligen, schmerzlichen, schmerzlichen Klauseln, die fortwährend zu Gerichtsverhandlungen führen und von den Gerichten für gültig erklärt werden, zeigen, wie berechtigt dies Vertrauen war. Den neulich hier von Herrn zitierten Vertrag, durch den ein Arbeiter der Firma Seyd mit 24 Mark Wochenlohn für eine Konventionalstrafe von 5000 Mark unterwirft, als er im Laufe der nächsten drei Jahre in einer anderen Fabrik Stellung nimmt, ist von Herrn v. Seyd eigenhändig unterschrieben worden. (Hör! Hör! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Seyd hat also einen Vertrag unterschrieben, von dessen Verwerflichkeit er hier überzeugt war. Die Firma behält sich in dem Vertrage vor, den Arbeiter ohne jede Entschädigung entlassen zu können. (Hör! Hör! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dies keine Terrorisierung arbeitswilliger Arbeiter ist, so weiß ich nicht, was man unter Terrorismus versteht. Ich habe hier etwa 100 ähnliche Verträge vor mir liegen. Ein Konstrukteur mit 175 Mk. Monatsgehalt verpflichtet sich zu einer Konventionalstrafe von 10000 Mark. Warum wendet man nicht den Erpressungsparagraphen gegen diese infamen, schmerzlichen, ungeheuerlichen Erpressungen an?

(Sehr wahr! bei den Soz.) Nur durch das dritte Verbot der Konkurrenzklausel für alle Arbeiterkategorien kann dieser Mißstand beseitigt werden. Wundert man sich ja nicht, daß solche wucherliche Großkapitalisten nicht verfolgt werden. Wahrscheinlich billigen die Staatsanwälte vom Schlosse des Herrn Kretsch den Großunternehmern die Aufschuldigung des guten Glaubens zu. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir verlangen, daß der Gehalt der Arbeitskraft durch Gesetz bewirkt wird, daß zu den Vorarbeiten dieses Gesetzes die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft, Arbeitersekretäre, Gewerbetreibende, Kaufmännischer und Gewerkschaftsführer herangezogen werden, daß man endlich die nationale Schmach dieser Konkurrenzklausel beseitigt. (Leb! Beifall b. d. Soz.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Dernburg als „Reformator“.

Staatssekretär Dernburg beabsichtigt, in Zukunft von Gouverneuren der größeren deutschen Kolonien eine Art kaufmännischer Attache beizubehalten. Für diese Stellen sollen namentlich die jüngeren Söhne Hamburger Kaufmannsfamilien ins Auge gefaßt werden; zurzeit sind die Persönlichkeiten für diese Stellen jedoch noch nicht bestimmt worden. — Die Söhne der Hamburger Kaufmannsfamilien werden sich freuen, daß für sie neue und zweifelloste recht einträgliche Posten geschaffen worden sind. Die Steuerzahler aber haben alle Ursache, sich vor einer solchen „Reformtätigkeit“ Dernburg's zu bedanken.

Neue Schröpfungen in Sicht.

Wie verlautet, wird von dem Ergebnis der Fahrkartensteuer in der jetzigen Reisezeit die Entscheidung der Frage abhängig gemacht werden, ob auch die vierte Klasse von einem gewissen Betrage ab zur Fahrkartensteuer herangezogen werden soll, um einer weiteren Abwanderung aus der dritten in die vierte Klasse möglichst vorzubeugen. Dem Bundesrat würde dann ein entsprechender Voranschlag im Herbst gemacht werden. — Es ist ein Skandal sondergleichen, daß man es wagt, überhaupt einem solchen Gedanken näher zu treten. Aber in Preußen-Deutschland ist eben alles möglich. Und da braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn dieser Voranschlag Gesetz werden sollte. Die reaktionäre Mehrheit des Reichstages ist zu allen Schandthaten fähig. Sie wird auch nicht davor zurückschrecken, die schwächeren Schultern noch mehr zu belasten, was sie natürlich nicht hindert, vor den Wahlen von der Notwendigkeit der „Schonung der schwächeren Schultern“ zu reden.

Des Peters Aktienliste.

Im Münchener Prozeß und auch schon früher in einer Broschüre hat Peters erzählt, eine in Gewahrnam der Post befindliche, von ihm aufgegebenen Postkiste sei erbrochen und der Inhalt teilweise entwendet worden. Natürlich war es, das mußte jeder bei der Erzählung glauben, auf Dokumente abgesehen, die den Beweis für des Peters Verschuldung ergaben. Nun wird der „Köln. Zeitung“ amtlich mitgeteilt:

Es sind damals durch die Postverwaltung (Ermittlungen) ... behauptet, daß die von Peters aufgestellte Behauptung ganz unzutreffend war. Die Post hatte mit jener Kiste, die von der Seyd u. Co. einer Expeditionsfirma übergeben worden war, gar nichts zu tun. Peters hat darauf den zu Unrecht erhobenen Vorwurf brieflich zurückgenommen. Dieser Brief ist in der deutschen Presse veröffentlicht worden.

Was sagt das hiesige Leib- und Magenorgan Peters, die „L. u. N.“ hierzu?

Technik des Hinanwerfens.

Der blaue Brief ist in Deutschland längst überholt. Die Fortschritte der Technik lassen sich auch in der Politik anwenden. Wie Harden in der „Zukunft“ mitteilen kann, hat der Lucanus den Grafen Posadowsky während der Arbeit mit der telephonischen Bitte überrascht, freundlichst in dauernden Urlaub gehen zu wollen. Keine Verschwendung von Tinte, Papier und Zeit, kein Brief und kein Besuch, ein telephonischer Anruf, das Resultat ist daselbst.

Wie wurde Posadowsky gestürzt?

In verschiedenen Blättern ist in den letzten Tagen anzudeuten, Regierungsrat Rudolf Martin sei an dem Sturz seines Vorgesetzten, des Grafen Posadowsky beteiligt. Nun schreibt Martin an die „Germania“ einen Brief, in dem es heißt:

In den ersten fünf Tagen des Juni d. J. habe ich in der Tat der mir gesellschaftlich bekannten „besonderen Seite“ der „Rhein.-Westf. Ztg.“, ebenso wie verschiedenen anderen Herren die Mitteilung gemacht, daß ich die Stellung des Reichskanzlers Fürsten Bülow für gefährdet halte. Wenn Fürst Bülow — so führte ich aus — Würzen würde, dürfte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß der Einfluß des Grafen Posadowsky steigen würde. Wir stimmten darin überein, daß Graf Posadowsky als Reichskanzler, oder mit veränderter Macht, eine nationale Gefahr sei, da die Fähigkeiten des Grafen Posadowsky für eine erhöhte Machtposition, insonderheit für den Posten des Reichskanzlers, in keiner Weise zulangend wären.

Gleichzeitig habe ich den Wunsch ausgesprochen, daß es dem Herrn Reichskanzler in Erkennung dieser nationalen Gefahr gelingen würde, die Verabschiedung des Grafen Posadowsky Wehner in den nächsten Wochen zu erreichen. Dem Wunsche, bei der Beseitigung dieser Gefahr mitzuwirken, und offenbar die Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg.“ entgegenzusetzen.

Sie sehen also, daß ich weder selbst diese „besondere Seite“ bin, noch irgend einen Einfluß auf diese Artikel gehabt habe, mit denen ich auch nur teilweise übereinstimme.

Hierzu bemerkt die „Germania“:

Am das Gerücht, was zu würdigen und richtig einzuschätzen, muß man sich erinnern, daß Herr Regierungsrat Martin als Mitglied des kaiserlichen Statistischen Amtes ein dem Grafen Posadowsky unterstellter Beamter war. Also ein nachgeordneter und (Herr Martin wird seine Tätigkeit im Statistischen Amt wohl selbst nicht anders bewerten) untergeordneter Beamter verbündet sich mit ihm „gesellschaftlich bekunden“ außerhalb der Beamtenpflicht, „besonderen Seiten“ zum Sturz seines obersten Chefs. — Wir können uns nicht denken, daß Herr

Martin nach diesem Geständnis noch lange die deutsche Beamtenschaft zieren wird.“

Wir hätten noch etwas anderes zu bemerken. Nach dem Urteil von Freund und Feind überragt Graf Posadowsky an Intelligenz, an Wissen und an Arbeitskraft die sämtlichen gegenwärtigen deutschen „Staatsmänner“, den Fürsten Bülow eingeschlossen, um Haupteslänge. Sein Untergeordneter Rudolf Martin findet aber, daß die Fähigkeiten des Grafen Posadowsky ... für den Posten des Reichskanzlers in keiner Weise zulangend wären. Welche Fähigkeiten sind es, die verlangt, aber bei Posadowsky vermißt werden? Die allgemeine Intelligenz kann es nicht sein, denn die mangelnde Posadowsky gewiß nicht. Also etwas anderes! Vielleicht die Fähigkeit, sich mit den Teckeln Wilhelms II., die ihn oft zwischen die Beine führen, auf freundschaftlichen Fuß zu stellen? Diese Fähigkeit zeigte allerdings der „leberne Bedant“ nicht.

Gewehr oder Mädchen im Arm?

Die „Deutsche Tagesztg.“ veröffentlichte dieser Tage nachträglich einen vom 20. Oktober 1891 datierten Brief des Herrn Richard Jahuke an einen Berliner Arzt. Herr Jahuke war einer der beiden Strohmänner, die mit dem Dr. Peters die beiden Todesurteile über den Neger Mabruk und das Negermädchen Jagodja gefällt haben. In dem Briefe schildert nun Herr Jahuke die angeblich so gefährliche Lage am Kilimandscharo und erzählt u. a. auch, daß „sämtliche nur mit geladenem Gewehr im Arme schlafen“. Der Zeuge Fehr v. Pechmann, der andere Strohmännchen des Dr. Peters, der bei den Urteilen mitwirkte, hat dagegen unter seinem Eide bekundet, daß zu jener Zeit die Herren auf der Kilimandscharoflation während der Nacht nicht ihr Gewehr, sondern ihr „geschenktes“ Mädchen im Arme hatten. Herr v. Pechmann vielleiht sogar jenes Mädchen, das ihm sein Freund Karl Peters abgetreten hatte, weil es ihm geschlechtskrank vorkam. Wer von den beiden Strohmännern des Dr. Peters hat nun recht, der Briefschreiber Jahuke oder der vereidigte „Sachverständige“ und „Freund“ Pechmann?

Eine Verletzung der Eidespflicht.

Nach der „Post“ hat sich Herr v. Liebert über sein Sachverständigen-Gutachten im Peters-Prozeß folgendermaßen geäußert: „Ich weiß wohl, was auf meine öffentliche Kritik des Urteils des Disziplinargerichtshofes folgen wird. Ich war mir dessen wohl bewußt, als ich das Urteil des Disziplinargerichtshofes einen Justizmord nannte. Dadurch wird die Regierung, wenn mir der Prozeß gemacht wird, im Interesse ihres Ansehens gezwungen werden, aus ihren Geheimakten das vollständige Material vorzulegen. In den nächsten Reichstagsverhandlungen wollen wir ohne Lücke den Fall Peters öffentlich aufgerollt sehen. Das konnte nur geschehen, wenn ich mit meiner Kritik die Regierung zur Tat zwingen, wenn sie nicht an ihrem Ansehen verlieren soll.“ — Nach dieser Äußerung verband also Herr v. Liebert eine besondere politische Absicht mit seinem Gutachten, Er sprach nicht als Sachverständiger, sondern als ausgesprochener politischer Parteimann, der mit seinem Gutachten eine Aktion der Regierung in der Peterssache veranlassen wollte. Sein Eid als Sachverständiger legte ihm aber die Erstattung eines unparteiischen Gutachtens auf! Die Äußerung des Herrn v. Liebert ruft berechnete Zweifel hervor, ob er sein Gutachten, wie er beschworen, nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben hat.

Der Zucker-Brief.

Der Peters klammert sich, wie bekannt, mit der Energie eines Untergehenden an den Zucker-Brief, obwohl dessen Existenz oder Nichtexistenz für die Peters-Affäre belanglos ist. In einer Münchener Versammlung hat Dr. Peters erklärt, der Schreiber des Zucker-Briefes sei ihm bekannt. Seither wird von vielen Seiten nach dem Namen des Schreibers gesucht, und ein großes Preisraten hat begonnen. Die neugegründete Beamtentagesztg. „Deutsche Nachr.“ kommt wohl der Wahrheit am nächsten, indem sie erklärt, die Persönlichkeit, die Herr Dr. Peters im Auge hat, sei ein Afrikareisender, der den Namen eines berühmten Historikers trage. Von anscheinend ununterrichteter Seite erhält das „B. L.“ zu der Angelegenheit noch das nachstehende Schreiben:

„Wie verhält es sich mit dem Zucker-Brief? Ich kann darüber auf Grund eigener Kenntnis folgendes mitteilen: Anfang 1906 teilte ein Afrikareisender und Schriftsteller mehreren Parlamentariern und Journalisten mit, daß Herr Dr. Peters in einem Schreiben an den Bischof Tucher verschleierte ihm nachgesagte Scheuchlichkeiten eingestanden habe, indem er sie zugleich zu beschönigen oder in milderem Licht darzustellen versuchte. Tucher habe sich über Peters' Daten scharf geäußert, und dadurch sei dessen Rechtfertigungsschreiben veranlaßt. Bischof Tucher habe das Schreiben aber gar nicht empfangen, weil er an dem Zeitpunkt seines Entreffens nach Europa abgereist war. Das Schreiben sei später von anderer Seite geöffnet worden. Der Peters habe es nach Wiederempfang anderen lesen lassen. Dieser letztere Punkt war nicht recht klar. So erzählte der Gewährsmann es mehreren, auch dem Schreiber dieser Zeilen, ohne um Diskretion zu ersuchen.“

Webel trug dann im Reichstage die Sache auch so vor. Daraus schrieb Peters, der in Berlin weilte, an den Abgeordneten Grafen Amin. Graf Amin verlas im Reichstage das Peterssche Schreiben, worin Peters energisch dagegen protestierte, an Bischof Tucher, diesen Brief geschrieben zu haben, und legte ihn dann auf den Tisch des Saales nieder. Das Wort „dieser“ war von Peters zweimal unterstrichen. Die Abgeordneten, die das Schreiben einsehen, legten diese Unterstreichung übereinstimmend dahin aus, daß Peters nicht leugne, überhaupt an Bischof Tucher geschrieben zu haben, wohl aber die Übereinstimmung des von Webel behaupteten mit dem wirklichen Inhalte bestreite. Leider unterließ er es, anzugeben, worin denn die Behauptungen von der Wirklichkeit — dem wirklichen Briefinhalt — abweichen. In der Peters-Presse ist damals, oder kurz nachher, auch behauptet worden, Peters habe Tucher gegenüber die gravierendsten Verschuldigungen entschieden bestritten, für alles andere aber gute Rechtfertigungsgründe geltend gemacht. Ein gefälliger Brief hat ihn erquickert. Auch Webel hat keinen Brief gesehen, es sind ihm nur mündliche Mitteilungen gemacht worden. Den Gewährsmann öffentlich zu nennen, halte ich gegenwärtig nicht für ganz loyal, da die Gemüter so

leidenschaftlich erregt sind. An der bona und optima fides dieses Gewährsmannes hat bei mir nie ein Zweifel bestanden — er brachte seine Kenntnis frisch aus Afrika mit. Es ist nicht Klemens Denhardt. Dieser verkehrte allerdings gerade damals mit denselben Parlamentariern und Journalisten wie der wirkliche Gewährsmann, und so erklärt es sich erst, daß sein Name jetzt in die Sache gezogen wird. Denhardt stand nicht, wie die Peters-Clique glauben machen will, auf Peters Seite, im Gegenteil; aber er ist nicht der Gewährsmann für den Tucker-Brief.

Hieraus ergibt sich: Der Schreiber des Tucker-Briefes ist, sofern letzterer existiert hat — und das ist nach dem Gesagten außerst wahrscheinlich — das Herr Peters. Und den Inhalt muß demnach er selbst am besten kennen. Herr Peters aber kommt jetzt mit der Behauptung, er kenne den Briefschreiber und seine ihm. Immerhin möglich; er schont damit einen, den zu schonen er die triftigste Veranlassung hat; sich selbst. Was er sonst noch in der Münchener Versammlung erzählt hat, ist heller Licht.

Kohlennot in der deutschen Industrie.

Nicht nur in Amerika, wie verzeichnet, sondern auch bei uns fangen die kleinen Kapitalisten sich über die Gefährlichkeit der Großen zu beschweren an. Die Handelskammer Heilbronn hat eine Eingabe an die württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel beschossen, in der sehr wichtige Angaben über die gegenwärtige Kohlennot gemacht werden. Es besteht eine solche Knappheit an Kohlen für industrielle Zwecke, wie wohl nie vorher. Sowohl das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat wie auch die staatlichen Zechen lassen ihre Abnehmer im Stich. Dabei sind in 4 Monaten 6 1/2 Millionen Tonnen an das Ausland abgegeben worden, obwohl dringender Inlandsbedarf vorhanden war. Die gleichzeitige ausländische Einfuhr betrug nur 3,3 Millionen Tonnen. Der Bericht der Handelskammer sagt:

Es ist sehr zu bedauern, daß ein solch großer Überschuss deutscher Kohlen in jetziger drangvoller Zeit in das Ausland geht und sowohl der Staat wie das Syndikat, obwohl sie die große Not kennen, damit die deutsche Industrie der Gefahr von Vertriebsstillständen, die ungehobene Schäden im Gefolge haben können, aussetzen.

Es würde viel mehr fremde Kohle als Ersatz mangelnder rheinischer Kohle eingeführt werden können, wenn das Kohlenkontor (Kohlensyndikat) nicht den Bezug von fremder Seite seinen Abnehmern verbieten wollte. „Auf solche Weise wird die Sicherheit eines Betriebes ganz vom Kohlenkontor abhängig.“ Auch ist es unrichtig, daß das Kohlenkontor die Mengen Kohlen, die es nicht liefert, einfach aus seinen Kontrakten zu streichen in der Lage ist. Die Handelskammer sagt:

Angeht die große Gefahr, welche in den jetzigen Zuständen liegt, sollten die Regierungen Mittel und Wege finden, eine Verringerung der Verhältnisse herbeizuführen, in erster Linie, indem sie versuchen, die den Kohlenhandel monopolisierenden Vereinigungen zur Änderung der jetzigen, jedem Rechtsgesicht widersprechenden, Kontraktbedingungen zu bringen. Je mächtiger die konzentrierten Industrien ihr Haupt erheben, um so dringender rückt das Problem des Sozialismus selbst den Einflüsterern vor Augen. Staatliche Einmischung kann in diesem Falle doch nur in Beschränkung der Eigentumsrechte bestehen, die angeblich heilig und unantastbar sein sollen.

China.

Ein Bombenattentat wurde am Sonnabend in Schanghai auf den Gouverneur von Anhui unternommen, als dieser die Kadetten der Gendarmerschule musterte. Eine Bombe explodierte; 3 Offiziere wurden getötet, einer verletzt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 9. Juli.

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Die Vertrauensmänner werden gebeten, am Mittwoch, den 10., Donnerstag, den 11. und Freitag, den 12. Juli, abends von 9—9 Uhr, im Vereinshaus die Karten zum Gewerkschaftsfest in Empfang zu nehmen.

Herr B. Wlesgen schreibt dem „Hamb. Echo“: In Ihrer Nr. 155 vom Sonnabend, den 6. Juli, (Beilage) bringen Sie eine Notiz des „Lübecker Volks“, wonach ich nach dem „Lübecker Amtsblatt“ auf dem 11. Verbandstage des Norddeutschen Gastwirtsverbandes in Lübeck gesagt hätte, der Verband als solcher, wie auch seine Mitglieder hätten nichts mit der Sozialdemokratie zu tun und wollten auch nichts mit derselben gemein haben.“ Im Anschluß hieran bringen Sie die Bemerkung des „Lübecker Volks“, zum Abdruck: „Uns ist es ganz recht, daß Herr Wlesgen im Namen des Verbandes an die Sozialdemokratie eine so scharfe Abfrage richtet, die zweifellos der Bestimmung vieler Verbandsmitglieder entspricht.“ Ich bemerke hierzu, daß ich von niemandem autorisiert worden bin, im Namen des Verbandes politische Erklärungen zu Gunsten oder zu Ungunsten einer Partei abzugeben und solche Erklärungen auch nicht abgegeben habe. Der Sachverhalt ist folgender: Das Verbandsstatut und die Statuten der Einzelvereine bestimmen, daß weder der Verband, noch die Einzelvereine sich mit Politik beschäftigen dürfen. Diese statutarische Bestimmung wäre aber vom Verband verlegt worden, wenn die von gegenwärtiger Seite in letzter Zeit wieder einmal aufgestellte Behauptung richtig wäre, daß die vom Norddeutschen Gastwirtsverband protegierten Brauereien — und namentlich wurde unsere Brauerei „Teutonia“ wieder genannt — vom Verband unterstützte sozialdemokratische Unternehmungen seien, und daß von den überlassenen der Brauerei Gelder an die sozialdemokratische Parteilasse abgeführt würden. Als Verbandsvorsitzender hatte ich — zumal ich von auswärtigen Delegierten nach der Wahrheit dieser Behauptungen gefragt wurde — ein dringendes Interesse daran, diese von der Konkurrenz aufgestellten Behauptungen zurückzuweisen und festzustellen, daß die „Teutonia“, sowie auch die von den Lübecker Wirten und dem Bremer Wirtverein von 1894 (als Folge des vorjährigen Bierkrieges) neu zu erbauenden Brauereien mit der Sozialdemokratie so wenig, wie mit der sozialdemokratischen Parteilasse irgend etwas zu tun haben. Im übrigen steht der Norddeutsche Gastwirtsverband und die ihm angeschlossenen Vereine bekanntermaßen auf dem Boden, daß wirtsgewerbliche Fragen durch parteipolitische Bestrebungen innerhalb der Fachorganisationen weder gefördert noch gelöst werden können. Dieser Grundsatz wird auch von denjenigen Verbandsmitgliedern als richtig anerkannt, die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisation sind. Wie sich der Verband und seine Vereine nicht von parteipolitischen Neigungen beeinflussen lassen,

so wenig macht sich die Verbandsleitung oder die Leitung der einzelnen Vereine an, der Vorstand seiner Mitglieder im parteipolitischen Glaubensbekenntnis zu sein. Wir lassen auch politisch jeden nach seiner Fassung selbst werden. Ich erjuche um Aufnahme dieser Zeilen. Hochachtungsvoll B. Wlesgen, Vorsitzender des Norddeutschen Gastwirtsverbandes. — Wir möchten zu diesem Schreiben bemerken, daß auch wir es für selbstverständlich halten, daß der Norddeutsche Gastwirtsverband als solcher keine Parteipolitik treibt und daß die von ihm resp. den angeschlossenen Vereinen gegründeten Brauereien nicht als sozialdemokratische Unternehmungen betrachtet werden können. Wenn Herr Wlesgen nur das erklärt hätte, so wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen. Wlesgen ging aber weiter: er wies es — nach dem Amtsblatt — weit von sich, daß auch nur die Mitglieder des Verbandes mit der Sozialdemokratie etwas gemein haben. Andere Blätter wissen sogar davon zu berichten, daß Herr Wlesgen es als eine gemeine Verleumdung und Infamie bezeichnet hätte, wenn behauptet würde, der Verband oder seine Mitglieder sympathisierten mit der Sozialdemokratie. Wir waren verhindert, den Verhandlungen des Verbandstages beizuwohnen und können deshalb nicht mit Bestimmtheit sagen, ob diese Behauptung zutrifft. Dementiert worden ist sie aber nicht. Auch die vorstehend abgedruckte Zuschrift Wlesgens an das „Echo“ nimmt dazu nicht Stellung, sondern bringt nur allgemeine Redewendungen. Ist sie aber richtig, so liegt darin eine gewollte Herabwürdigung unserer Partei. Ein großer Teil der Mitglieder des Norddeutschen Gastwirtsverbandes gehört auch sozialdemokratischen Parteiorganisationen als Mitglieder an. Diese Herren haben dazu geschwiegen, als Wlesgen mit Entrüstung sich dagegen wandte, daß Mitglieder des Norddeutschen Gastwirtsverbandes mit der Sozialdemokratie sympathisieren sollten. Das ist sehr bezeichnend, da Parteigenossen ihre politische Bestimmung für eine Ehrenfrage halten müssen. Für die bürgerliche Presse war die Äußerung des Vorsitzenden des Norddeutschen Gastwirtsverbandes natürlich ein gesundes Freisprechen. Sie gab dieselbe mit großem Behagen wieder. Wir hatten aber auch keine Veranlassung, dieselbe unsern Lesern vorzutragen, denn es interessiert sie zweifellos, zu erfahren, daß die Mitglieder des Norddeutschen Gastwirtsverbandes es als gemeine Verleumdung empfinden, wenn man von ihnen sagt, sie sympathisieren mit der Sozialdemokratie.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im „Vereinshaus“ stattfand, war sehr gut besucht. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Genossen Schmechel, Schrader und Steder durch Erheben von den Tischen gelehrt. Genosse H. G. H. gab sodann die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahme belief sich auf 3922,87 Mk., die Ausgabe auf 1845,28 Mk. Der Kassenbestand betrug 3576,24 Mk. Die Mitgliederzahl wuchs ständig in recht erheblicher Weise. Gegenwärtig gehören dem Verein 3163 Genossen als Mitglieder an. Zum Voten wurde Genosse L. W. anstelle des von Lübeck verzogenen Genossen Veck gewählt. Hierauf erhielt Gen. Th. Schwarz das Wort zu seinem Referat über den internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart. Redner bezeichnet es als bemerkenswert, daß in diesem Jahre erstmalig ein internationaler Arbeiterkongress auf deutschem Boden stattfinden kann. Die württembergische Regierung hat erklärt, sie wolle den ausländischen Delegierten keine Schwierigkeiten machen. In Bremen und Sachsen würden die maßgebenden Kreise zweifellos nicht soviel Toleranz bewiesen haben. Der Vortragende gab sodann einen kurzen Überblick über die auf den bisherigen internationalen Arbeiterkongressen gefassten Beschlüsse. Ferner besprach Redner ausführlich die Aufgaben, die in Stuttgart gelöst werden sollen. Ein besonders wichtiger Punkt sei die Waiserei, die in Stuttgart zur Besprechung gelangt. Es wäre erwünscht, wenn sich eine vom Kartell einberufene große Gewerkschaftsversammlung mit dieser Frage beschäftigen würde, damit der Delegierte auch die Stimmung der hiesigen Gewerkschaften kennen lerne. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Zum Delegierten für den internationalen Kongress wurde Genosse Th. Schwarz gewählt. Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins der Arbeiterbibliothek der Genossenschaftsbücherei zu überweisen. Zur Verlesung gelangte ein Schreiben der Buchhandlung Vorwärts, in dem mitgeteilt wird, daß für Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und der Gewerkschaften das Buch „Cisners“ Das Ende des Reichs“ zu einem wesentlich ermäßigten Preise geliefert werden soll. Vom Genossen K. W. wurde beantragt, die sozialdemokratischen Bürgerlichkeitsvertreter zu verpflichten, in allen Quartieren über ihre Tätigkeit in öffentlichen Versammlungen Bericht zu erstatten. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, in der der Wunsch zum Ausdruck gelangte, daß die Arbeiter für den Erwerb des Bürgerrechts mehr Interesse zeigen möchten, zumal unsere Gegner eifrig an der Arbeit sind. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Genosse Th. Schwarz machte Mitteilung über die vom Sozialdemokratischen Verein veranstaltete Statistik, deren Ergebnis im „Volksboten“ veröffentlicht werden soll. Von einigen Rednern wurde die Forderung Wlesgens auf dem Verbandstage des Norddeutschen Gastwirtsverbandes scharf kritisiert, nach welcher der betr. Herr es weit von sich wies, daß die Mitglieder des Norddeutschen Gastwirtsverbandes mit der Sozialdemokratie etwas gemein hätten. Die Konsequenz müßte sein, daß die Arbeiter mehr als bisher im „Vereinshaus“ verkehrten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet verfassungsmäßig am kommenden Montag morgen statt.

Zu Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Eschenburg hat Senator Dr. Fehling den Vorsitz in Kirchenrate, Senator Dr. Vermehren den Vorsitz in der Oberlehrerbehörde übernommen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Juni ein: Einkommensteuer 119 960,23 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 37 983,39 Mk., Veräußerungsabgabe 26 607,80 Mk., Stempelabgaben 10 416,80 Mk., Schiffsabgaben 41 070,54 Mk., zusammen 229 938,76 Mk. oder gegen den gleichen Monat des Vorjahres mehr 26 096,67 Mk. Vom 1. April bis Ende Juni gingen insgesamt ein 1 005 821,06 Mk. gegen 942 620,69 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; das sind 63 200,37 Mk. mehr.

Wiedereinführung von Plakarten. Das derzeitige Verfahren des Bestellens und Belegens der Pläse in D-Zügen hat Anzulänglichkeiten zur Folge gehabt. Besonders wird es von den Reisenden als Mißstand empfunden, daß sie beim Verlassen ihres Plazes nicht sicher sind, ihren Platz wiederzufinden, da die Belegung von Plätzen von den Mitreisenden nicht immer beachtet wird. Auch dem Zugpersonal wird bei dem jetzigen Verfahren die Übersicht über die Plazbenutzung und die Unterbringung der auf den Zwischenstationen zugehenden Reisenden erschwert. Aus diesen Gründen hat sich, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, die Eisenbahnverwaltung entschlossen, zum 1. Juli d. J. ein früheres Verzeichnis von Plakarten entsprechendes Verfahren wieder einzuführen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Erhebung einer Gebühr für die zu verabsagenden

Plakarten unterbleibt. Die Plakarte wird auf der Reverso folgender Vermerk erhalten: „Diese Karte berechtigt den Inhaber einer gültigen Fahrkarte zur Benutzung des auf der Vorderseite eingetragenen Plazes und ist auf Verlangen vorzuzeigen.“ In Verbindung hiermit ist auch wohl der Plan der Eisenbahnverwaltung, allmählich eine größere Anzahl von Zügen mit D-Zugeneinrichtung einzustellen und alsdann Schnellzug-Zuschläge überhaupt nur noch zu erheben bei solchen Zügen, die D-Einrichtung haben. Das würde dann wie bisher mit der Plakarte geschehen. So wird die angeforderte „Reform“ immer wieder von neuem reformiert.

Die Gerichtsferien beginnen am Montag, den 15. Juli, und dauern bis zum 15. September. Nur für Ferienfachen werden während der Gerichtsferien Termine abgehalten und Entscheidungen gefällt. Ferienfachen sind: Strafsachen, Arztsachen und die eine einseitige Verfügung betreffenden Sachen; Meß- und Marktachen; Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohnräumen und anderen Räumen, wegen Überlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Mieter in die Mieträume eingebrachten Sachen; Wechselachen; Kaufachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues geurteilt wird. Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beilegung bedürfen, als Ferienfachen bezeichnen. Die gleiche Befugnis hat vorbehaltlich der Entscheidung des Gerichts der Vorsitzende. Das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren wird durch die Ferien nicht aufgehoben. Während der diesjährigen Gerichtsferien bleiben Montag und Donnerstag die beiden Richterzimmer des Grundbuchamts geschlossen. An den übrigen Wochentagen sind sie von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet. Die Gerichtssekretariate des Grundbuchamts sind werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Unter dem Verdacht der Blutschande steht der bei Thiel u. Söhne beschäftigte Meister F. K. Schmidt. Er fungierte bei dem Thiel'schen Streik im Jahre 1896 als Arbeitswilliger-Agent. Weiter ist Schmidt direkt von der Arbeitsstätte weg verhaftet worden.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeitsziffern haben sich zu Ende des Monats Juni in der Mehrzahl der deutschen Städte erheblich gehoben. Es starben unter 10 auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Altona 17,1, Altona 17,1, Augsburg 22,0, Berlin 12,1, Bamern 9,9, Bielefeld 12,6, Bochum 16,4, Bonn 10,4, Breda —, Brandenburg 8,0, Braunschweig 15,0, Bremen 16,5, Breslau 21,7, Cassel —, Charlottenburg 9,4, Chemnitz 17,0, Göttingen —, Greifeld 13,5, Danzig 17,4, Dortmund 13,8, Dessau —, Dortmund 19,8, Dresden 14,1, Deutsch-Wilmersdorf 10,5, Duisburg 9,9, Düsseldorf 10,7, Elberfeld 10,6, Elbing —, Erfurt 15,2, Essen 14,8, Gelsenkirchen —, Frankfurt a. M. 13,1, Frankfurt a. L. —, Freiburg i. B. 16,1, Nürnberg —, Gelsenkirchen 16,7, M. Gladbach —, Gießen —, Götting 17,3, Gera —, Hagen 7,1, Halle a. S. 17,6, Hamburg 8,6, Damburg 13,8, Hannover 16,9, Harburg —, Heidelberg —, Kassel 15,5, Kaiserslautern —, Karlsruhe 12,7, Kiel 17,0, Koblenz —, Köln 14,4, Königsberg i. P. 20,7, Königsbrunn —, Krefeld 5,6, Leipzig 14,4, Lichtenberg —, Lissa —, Lüden —, Ludwigshafen 17,9, Lübeck 18,7, Mülheim a. d. R. 13,8, Magdeburg 15,3, Mainz 16,7, Mannheim 16,3, Meß —, Mülhausen i. E. 16,8, Mülheim a. R. 10,6, München 18,1, Münster 12,2, Nürnberg 16,5, Oberhausen —, Offenbach 9,1, Osnabrück —, Pforzheim —, Plauen i. V. 11,4, Posen 17,1, Potsdam —, Remscheid 7,8, Rixdorf 12,0, Rostock —, Schöneberg 8,7, Solingen 9,3, Spandau 8,7, Stettin 18,9, Stralsburg i. E. 17,4, Stuttgart 12,0, Ulm —, Wiesbaden 13,8, Worms —, Würzburg 10,7, Zabrze — und Zwickau —.

Verleitet. Den Titel „Kat beim Polizeiamt“ hat der Senat dem Oberbeamten beim Polizeiamt Dr. jur. Fritz Lange, den Titel „Professor“ dem Oberlehrer am Johanneum Dr. Karl Grube verliehen.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Travemünde ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes Arzt Dr. med. Heinrich Hermann Zippel in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 5 Jahren wiedergewählt worden.

Stadthallen-Theater. Aus der Theateranzlei schreibt man uns: Wohl selten hat ein Stück solch einen Erfolg erzielt wie „Fräulein Josette — meine Frau“. Infolge vorgezeichneten Spielplans geht dieses Lustspiel am Mittwoch zum letzten Mal in Szene. Den Besuch dieser Vorstellung möchten wir vor allem denen empfehlen, die bisher noch nicht Gelegenheit hatten, das Stück zu sehen. Donnerstag gelangt das Otto Ludwig'sche Schauspiel „Der Erbfolger“ zum ersten Male zur Aufführung. Das Stück ist bei seinem Erscheinen als eine Musterleistung bezeichnet worden. Es ist durch Herrn Regisseur Niemeier sorgfältig in Szene gesetzt worden.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Die mit so stürmischem Beifall aufgenommenen Sonntags-Vorstellungen: Goethes „Laune des Verliebten“ und die „Zähmung der Widerspännigen“ von Shakespeare, wird morgen wiederholt. Der Beginn ist auf 7 1/2 Uhr festgesetzt. Den Vortrags spielt wieder Herr Hofkapellmeister Wahlberg, es ist dies sein vorletztes Auftreten. Als Abschieds-Benefit des Künstlers ist „Hallet“ aussersehen. Für Donnerstag wird Sudermanns „Johannisfeuer“ vorbereitet. — Raffler, Komödie von E. W. Hornung und Presbrey, für die deutsche Bühne bearbeitet von B. Vogson, hat bei der Erst-Aufführung am 1. Juli am Neuen Schauspielhaus zu Berlin einen sensationellen Erfolg errungen. Das hochinteressante Stück ist für das Wilhelmtheater erworben, bereits in Vorbereitung und wird als nächste Neuheit in Szene gehen.

Nienburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei einer großen Bauernhochzeit in Landesbergen (Kreis Stolzenau), an der über 400 Personen teilnahmen. Als das junge Paar (Fr. Meyer) aus der Kirche kam, wurden die üblichen Freundschaftsüsse abgegeben. Auch zwei Arbeiter beteiligten sich an dem Schießen. Als der Arbeiter Koop seinen Revolver wieder in die Tasche stecken wollte, entlud sich die Waffe und traf den Arbeiter Kulis so unglücklich in die Leber, daß er tot zu Boden stürzte.

Hamburg. Keine Untersuchung gegen den Polizeiaffistenten Neuhaus. Wie auch von den „Lübeckischen Anzeigen“ mitgeteilt wurde, sollte zwecks Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Altonaer Polizei- und Bureauaffistenten Neuhaus, der bekanntlich in dem Prozeß Dr. Peters contra „Münchener Post“ als Zeuge eine Rolle spielte, eine Untersuchung eingeleitet worden sein, weil er vor über 10 Jahren dem Reichstagsabgeordneten Webel Mitteilungen über Schandthaten des Dr. Peters in Afrika gemacht hat. Das „Echo“ kann mitteilen, daß gegen Neuhaus keine Untersuchung eingeleitet worden ist. Derselbe befindet sich erst seit drei Jahren in Altona im Amt und hat die Mitteilungen an Webel von Hamburg aus als Privatmann gelangen lassen. Für seine jetzige vorgelegte Behörde kann das, was er vor zehn Jahren getan hat, sofern es nichts Strafbares ist, unmöglich als Handhabung zur Einleitung eines

Disziplinverfährungs-Benen. Das gewisse Recht auf Neuaus nicht gut zu sprechen sind und wünschen, daß er zur Strafe für seine frühere Kolonialpolitik wenig günstigen Urteile an Weibel aus dem Dienst entlassen wird, dürfte ihre Zweifel sein und daher mühte auf den ersten Blick auch die Mitteilung von der Einleitung einer Untersuchung gegen Weibel glaubwürdig erscheinen.

Schwern. Neue Unterschleissprozeße in Sicht. Gegen Heben frühere Beamte der Staatsanwaltschaft Sachsenberg in auf Grund von eingegangenen Anzeigen durch die Staatsanwaltschaft ein neues Strafverfahren eingeleitet worden. Abgesehen haben sämtliche in dem Urteile beendeten Unterschleissprozeße zu Buchhaus und Georgius beurteilten Angeklagten Weibel eingeleitet.

Bremen. Die Bürgerschaft beauftragte sich mit dem Antrage der Sozialdemokratischen Fraktion, welcher befragt: „Die Bürgerschaft erachtet das gegenwärtige, einige wenige Interessengruppen des Staates in ungerechtfertigter Weise bevorzugende, als ein schiefes als nicht den Weiterbestimmungen entsprechende und beschließt für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen. Sie erwidert dem Senat,

„Ihr Herrin beizutreten.“ Der Antrag wurde von dem Gesessenen Henke begründet, der Liberale Fitzger trat dem Antrage entgegen, durch den die sozialdemokratische Herrschaft begründet würde. Der Senat würde mit einer sozialdemokratischen Mehrheit in der Bürgerschaft nicht auskommen können. Ein Antrag Henkes auf namentliche Abstimmung fand nicht die nötige Unterstützung, da sich nur 24 Herren dafür erhoben. Der Antrag Henke wurde darauf mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Liberalismus zeigte sich wieder einmal in seiner ganzen Wackelhaftigkeit.

„Ministerwechsel“, „Bosadowitz“, „Das Brüggelontobuch“, „Ein Traum“, „Der Herr Haffner“, „Mitternachtsputz“, „Lied der Kaiserpreis-Mitter“, „Sommer-Idylle“, „Komödie“, „Freitagssonne“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Ministerwechsel“, „Die Montreuil“, „Die staatsgefährliche Briefmarke“, „Stammesrede des Reichsgemeinners a. D. Wurster in München“, sowie die kriminalpsychologische Skizze „Seine Mazarintinte“ von Hans Hyan. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Literarisches.

Vom „Wahren Jacob“ ist uns soeben die 19. Nummer des 24. Jahrganges zugegangen: Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Sodoms Ende“ und „Wismischer Lieber“, sowie die weiteren Illustrationen „Kroitt“, „Der richtige Ruf“, „Monoparte redubons“, „An der russischen Grenze“, „Kinder der Großstadt“ (mit Gedicht), „Zeit gefahren“, „Aus dem Kaulchenfall“, „Des Erbprinzen Morgenpaziergang“, „Mehr laufen!“, „Sommer 1907“, „Parlamentarische Vorarbeiten“ und „Im Zeichen des Verkehrs“. Der fertige Teil der Nummer bringt die Gedichte

Briefkasten.

F. B. Gutin. Nach der geschickten Sachlage können auch wir nur den dringenden Rat erteilen, gegen die Strafmandate gerichtliche Entscheidung zu beantragen. Aber die Verhandlung werde Ihr uns wohl einen eingehenden Bericht zukommen lassen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. bezeichneten Artikel Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co Lübeck in Lübeck.

Heute morgen entlieh nach langem Leiden unser lieber Walter im Alter von 6 Wochen.

W. Langpap
nebst Frau.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke unserer Hochzeit danken bestens
Johannes Bolter und Frau.
geb. Köttger.

Lübeck, den 6. Juli 1907.
Ein Logis zu vermieten
Schwartauer Allee 22a, 1.

Zum 1. Oktober ein kleiner Laden mit oder ohne Wohnung zu vermieten. Näh. Ludwigstraße 43.

Zu vermieten abgeschlossene Stubenwohnung mit Stall, Boden und Keller.
H. Warkenstin, Borwert bei Lübeck.
Gesucht

1 Hausknecht
er mit Pferden Bescheid weiss.

melben Schwartau, Lübecker Straße 19.
Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.

Für unsere Verkaufsstelle in Schwartau Verkäuferin oder ein junges Mädchen,
welches Lust hat, sich als Verkäuferin anzubieten, gesucht.

Best. Bewerbungen erbitten wir bis zum Donnerstag, den 11. Juli, an unsere Geschäftsstelle, Fleischhauerstraße 30.
Der Vorstand.

Gesucht zu sofort ein Schuhmachergeselle
Nimshausen 14.

Gesucht eine saubere Waschfrau
Schwartauer Allee 35.

Eine kleine Bude zum Volkstanz zu verpachten oder zu verkaufen
Lindenstraße 17 a.

Zum Volkstanz ein Wurstfest zu verpachten
Arminstraße 24, Gungana Heimlichstraße.

Ein fast neuer Sportwagen billig zu verkaufen
Grüneisenstraße 13.

Zu verkaufen ein Wurstfest
Edm. Insektenstraße 15.

Zu verkaufen ein Cleander, ein Koffer und ein Kinderwagen.
H. Meyer, Stadelsdorf Marienst.

Für neue Milchgarntur billig zu verkaufen
Brennstraße 25, II. rechts.

Eine prima Maschine für 15 W. zu verkaufen
Auerdorferstraße 24.

Schöne Ferkel zu verkaufen.
O. Reining, Stockelsdorf.

Stelle Tapezierer und Polsterer.
C. Becker, Vandaer Lohbera 24.

Louis Levy

Bitte lesen!!

Gelegenheitskauf

von

Schuhwaren

aus der Rudolf Kracht'schen Konkursmasse.

Außerste Preisnotierung:

Prima Damen-Boxcallstiefel, chike neueste Form, moderner Absatz . . . früher 14.50	jetzt 10.50 Mk.
Prima Damen-Chevreauastiefel mit Lackspitze, elegant leicht gearbeitet . . . früher 13.75	jetzt 9.75 Mk.
Prima Damen-Boxcallstiefel in Schnür u. Knopf bequeme und chike Formen . . . früher 11.00	jetzt 7.50 Mk.
Prima Herren-Boxcallstiefel, breite und spitze Formen, elegante Stiefel . . . früher 16.00	jetzt 12.75 Mk.
Prima Herren-Boxcallstiefel, ausserordentlich haltbar . . . früher 13.00	jetzt 9.50 Mk.
Prima Herren-Boxcallzugstiefel . . . früher 11.50	jetzt 10.50 Mk.

Louis Levy
2-6 Marlesgrube 2-6, Ecke Klingenberg.

Kartoffeln!

Von heute ab hochfein leckende und ganz vorzüglich schmeckende mittelgroße Kartoffeln:

100 Pfd. nur 7 Mk., 1 Faß (10 Ltr.) 1.20 Mk., Pfd. 9 Pf.

Ferner empfehle: Blumen-, Wirsing- und Spitzkohl, Gurken, neue Äpfel, Birnen, Ananas und Pfirsiche, Erdbeeren, Vibbeeren und Kirschen stets zu billigsten Tagespreisen.

Außerdem verweise noch auf eine große Partie allerfeinste, noch absolut vollsaftige Apfelsinen statt Dhd. 1.50 Mk. **nur 1.20 Mk.**

Eine große Partie blanker egyptischer Zwiebeln
100 Pfd. 10 Mk., 10 Pfd. 1.15 Mk., 2 Pfd. 25 Pfg.

nur **Karl Voss** nur
Holstenstr. 6 Holstenstr. 6
Fernspr. 1734. Fernspr. 1734.

NB. Der Zentnerpreis auf Kartoffeln und Zwiebeln ist rein netto ohne Gewährung von Bons.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter

München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probennummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

solte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47^M befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das von Herrn Aug. Pactow, Biegelstraße 14 geführte Kolonial- u. Fettwarengeschäft käuflich erworben habe und weiterführen werde.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne
Hochachtungsvoll
Johannes Schröder.
— Gebe rote Lubecamarken. —

Billige Tapeten-Reste
Georg Bornhöfft
Safen-Drogerie,
Untertrave 44/45, bei der Drehbrücke.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 10. d. M.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1907.
2. Abrechnung vom Ausflug (Hamburg).
3. Stellungnahme zum Internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart sowie Aufstellung von 2 Delegierten-Kandidaten.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Achtung Bauarbeiter!

Bau-Delegierten-Sitzung
am Mittwoch, den 10. Juli 1907,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
Der Vorstand.

Gesangverein der Zimmerer.

General-Versammlung
am Mittwoch, den 10. Juli,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal, Hundstraße 41.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Quartal und vom Ausflug.
2. Jahresfeier. 3. Beschlußfassung über Begrüßungsweisen. 4. Innere Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch: 49. Abonnements-Vorstellung.
Doppel-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorletztes Gastspiel Hoffschauwielers Wahlberg.
Die Laune des Verliebten.
Die Zähmung der Widerspänstigen.
Donnerstag: Johannisfeier.
In Vorbereitung: Hamlet, Prinz von Dänemark.
Abschieds-Benefiz Hans Wahlberg.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Piorkowski.
Mittwoch, 8 Uhr, 25. Abonn.-Vorst.:
Großartiger Lacherfolg!
Zum 7. und letzten Male:
Fräulein Joséte — meine Frau.
Lustspiel in 4 Akt. v. Gavault u. Charvey.
Donnerstag, 8 Uhr:
Der Erbförster.
Schauspiel in 3 Akten von Ludwig.
Vorverk. bei Kaibel, Borchert u. Theaterl.

Giuseppe Garibaldi.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstags.
Von Wilhelm Bloß.

(Schluß.)

Garibaldi reiste gekränkt nach Caprera ab. Er war eben nur Kämpfer und den Winkelzügen der Diplomaten nicht gewachsen. Seine Rolle am Ende dieses Feldzuges war nicht eben erbautlich. Dennoch hat dieser Feldzug seinem Namen bei den herrschenden Klassen den meisten Glanz gegeben. Den Revolutionskämpfern von 1849 liebte mehr das Volk. Die schließlich von einem König sanktionierte Revolution von 1860 imponierte den herrschenden Klassen. Garibaldi war und blieb der Nationalheld der Italiener und wurde eine Macht für sich durch die Stärke der öffentlichen Sympathie. Aber wenn schon sein Selbstgefühl tief verletzt sein mußte durch die Art, wie man ihn beiseite schob und wie man sich den Preis seines Kampfes aneignete, so mußte er noch mehr gereizt werden durch die alberne Kritik seiner Taten und Feinde — und es gab deren viele! — die ihn beschuldigten, er habe „eigenmächtig gehandelt“. Eine dümmere Beschuldigung konnte es nicht geben. Aber Garibaldi mochte nun sehen, daß der Pfad, auf den er sich begeben, ein abschüssiger war, auf dem er schließlich den Halt verlieren mußte. Dazu kam der Groll über das Eingreifen des verhassten Staatsstreikführers der Franzosen, der die Slegeslaufbahn Garibaldis gehemmt hatte, als dieser so nahe am Ziele war. Denn Garibaldis Ziel war Rom gewesen; Italien ohne Rom erschien Garibaldi als ein Torso. Der Widerstreit seiner Gefühle trieb den Eroberer Neapels von neuem zu dem Entschluß, loszubrechen und auf Rom zu rücken, um den von Napoleon beschlagnahmten Papst zu verjagen und das Einheitswerk zu vollenden.

Im Parlament zu Turin kam es zu einem harten Zusammenstoß zwischen Garibaldi und Cavour; indessen schien man sich wieder zu verständigen. Die Regierung trieb eine Art von Versteckspiel mit Garibaldi; sie respektierte ihn als Nationalhelden, aber wenn er losbrach, schritt sie gegen ihn ein; doch behandelte sie ihn stets sehr schonend. Sie konnte auch nicht anders gegenüber der Volksstimmung.

Im August 1862 erhob sich Garibaldi plötzlich in Sizilien, wo er 3000 Freiwillige gesammelt hatte. Seine Devise war: „Rom oder den Tod!“ Er legte von Catania nach Kalabrien über. Aber die Bevölkerung erhob sich nicht; sie ließ den Nationalhelden im Stich und sah seinem Abenteuer wie einem auf der Bühne sich abspielenden Drama zu. In dem unwirtlichen Gebirge Aspromonte litten die Freischaren sehr. Am 29. August erschienen die königlichen Truppen; das Feuer begann, obwohl es Garibaldi seinen Truppen verbot. Er erhielt eine Kugel in den rechten Fuß, und das machte dem Gesecht ein Ende. Nach der Heilung seiner Wunde*) konnte Garibaldi, der im Fort Vairignano untergebracht war, unbehelligt nach Caprera zurückkehren. Die Teilnahme für ihn war allgemein.

1866, als der Krieg mit Österreich ausbrach, stellte sich Garibaldi der Regierung zur Verfügung. Sie ermächtigte ihn, zwanzig Bataillone Freiwilliger zu organisieren. Er operierte bei Como und ward am Gardasee zurückgedrängt. Wenn er auch keine Erfolge hatte, so wurden seine Operationen doch von militärischer Seite als

vortrefflich anerkannt. Nach der Niederlage der Hauptarmee unter Lamarmora bei Custoza war der Kampf in Italien ohnehin entschieden, und Garibaldi kehrte am 15. Juli nach Caprera zurück.

Viktor Emanuel erhielt durch Napoleons Vermittlung Benedig, mußte aber auf andere Eroberungen ausdrücklich verzichten. Die Franzosen räumten den Kirchenstaat, und Garibaldi glaubte die Gelegenheit zu einem neuen Angriff auf Rom gekommen. Das Ministerium Rattazzi schien ihn zu ermuntern, und die italienische Aktionspartei drängte. Im September 1867 begann er ein Freikorps zu organisieren, er wurde aber an der Grenze des Kirchenstaats, zu Asinara, verhaftet und nach Caprera gebracht, wo ihn eine Flottille bewachte. Die Freischaren sammelten sich doch, und Garibaldi entkam seinen Wächtern. Er brach in den Kirchenstaat ein, aber das stumpfsinnige Volk blieb gleichgültig. Ein französisches Korps verstärkte die päpstliche Armee, und Garibaldi ward bei Mentana am 3. November 1867 zurückgeschlagen. Die neuen Chassepots hatten, wie der französische Befehlshaber prahlerisch der Welt verkündete, „Wunder getan“.

Garibaldi wurde auf dem Rückzug gefangen genommen, nach Caprera gebracht und dort überwacht. Drei Jahre später brach das napoleonische Kaiserreich nach der Schlacht von Sedan zusammen; das Papsttum verlor seinen Beschützer, und Viktor Emanuel tat nun, was Garibaldi verwehrt worden war; er brach selbst mit bewaffneter Macht in den Kirchenstaat ein und besetzte Rom am 20. September 1870. Rom wurde nun die Hauptstadt des geeinigten Italiens.

In Garibaldi aber war der alte Republikaner wieder lebendig geworden, und er entschloß sich, der Französischen Republik in ihrem Kampfe gegen die deutsche Heere beizustehen. Er eilte nach Tours. Die neuen republikanischen Machthaber empfingen ihn nicht sehr freundlich, aber sie übertrugen ihm das Kommando der aus Freiwilligen zu bildenden Vogesenarmee. Er vermochte indessen keine Erfolge zu erringen. Er besetzte Dijon, als dies von den Deutschen geräumt worden war, ließ sich aber hier festhalten, während die Bombardische Armee umgangen wurde, und sah sich dann zurückgedrängt. Als Bourbaki mit seiner Armee in die Schweiz gedrängt war, gab Garibaldi seine Entlassung. Von Deutschland aus wurde er wegen seines Eintretens für die Französische Republik mit den größten Schmähungen überschüttet. Seine Vaterstadt Nizza aber wählte ihn in die französische Nationalversammlung zu Bordeaux; als er dort seinen Sitz einnahm, wurde er wegen seiner Mißerfolge in den Vogesen von der Krautjunkermajorität brutal behandelt, worauf er sein Mandat niederlegte und nach Caprera zurückkehrte. Als zu Paris der Kommuneaufstand ausbrach, wählte das Zentralkomitee Garibaldi zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde und seinen Sohn Menotti zum Befehlshaber der zu bildenden Armee von Paris. Beide lehnten ab, aber Garibaldi schrieb an die Kommune, sie möchte nicht zu viele Gewalttaten nebeneinander einsetzen, sondern einen geeigneten Mann zum Diktator machen. Wegen dieses Briefes erließ die französische Regierung einen Haftbefehl gegen Garibaldi und seine Söhne!

Wenn das latente und wechselvolle Leben des italienischen Nationalhelden zuletzt auch fast nur Mißerfolge aufzuweisen hatte, so konnte ihm dies die allgemeine Liebe und Verehrung seines Volkes doch nicht rauben.

Es war leicht zu begreifen, daß sich solch eine Persönlichkeit nicht in eine Parteischablone hineinzwingen ließ. Nachdem Garibaldi bei der Zertrümmerung des neapolitanischen Reiches den bitteren Nachgeschmack der

Überlistung durch die monarchische Diplomatie gekostet, zogen ihn seine Empfindungen von der Monarchie wieder ab und zur Demokratie hin. Die Einigung Italiens war ihm ein Hauptziel, allein er dachte dabei keineswegs an eine leere Einheit; er dachte sich dieselbe ausgestattet mit demokratischen Einrichtungen. Das bewies schon sein Interesse für die Arbeiterbewegung Italiens. Garibaldi hat sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus wohl niemals befaßt, allein sein Herz zog ihn zu dem Emanzipationskampf der Arbeiter hin. Schon als junger Mann hatte er, wie erwähnt, Sympathien für die Saint-Simonisten empfunden.

Es gab in Italien seit 1848 eine Menge Arbeiterorganisationen; sie befanden sich durchweg im Gefolge des bürgerlichen Radikalismus und wurden in diesem Sinne von Garibaldi und Mazzini beeinflusst. Da sich indessen Garibaldi und Mazzini überwarfen, so trat auch in der italienischen „Arbeiterverbrüderung“ eine Spaltung ein. Die Internationale Arbeiterassoziation fand die Sympathie Garibaldis, während Mazzini, der bei der Gründung zugegen war, mit seinem Programm abgewiesen wurde, weil es den Klassenkampf verwarf. Garibaldi nannte einmal die Internationale „die Sonne der Zukunft!“ Er trat scharf gegen die Anarchisten und Bakunisten auf, konnte indessen nicht verhindern, daß durch die Anarchisten eine trostlose Verwirrung in die italienische Arbeiterbewegung getragen wurde. Andererseits warf Garibaldi bürgerlichen Radikalismus und Sozialismus durcheinander. Die Arbeiterbewegung in Italien bekam erst nach Garibaldis Tode einen größeren Aufschwung.

1874 nahm Garibaldi eine ihm vom Parlament ausgemerkte Dotation an, nachdem er ähnliche Anerbietungen mehrfach abgewiesen. 1875 erschien er selbst wieder im Parlament, wo er ohne Erfolg für eine Liberregulierung eintrat.

Seine Anita hatte ihm drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter, geboren. Menotti und die Tochter Teresita, die den Mut des Vaters geerbt hatte, sind gestorben. Ricciotti, dessen Charakter dem des Vaters sehr unähnlich, befindet sich noch am Leben.

Wir haben das Lebensbild dieses merkwürdigen Mannes genau nach den historischen Tatsachen gegeben und haben seine Schwächen und Schattenseiten bei all seinen herrlichen Charakteranlagen, seinen großen Taten und seinen romantischen Schicksalen nicht übersehen. Welche Fehler er auch gemacht haben mag, so viel Mut, Tapferkeit, Idealismus und Uneigennützigkeit haben sich selten in einer Individualität vereinigt. Die Heldengestalt dieses Mannes, der aus dem Volke hervorgegangen und trotz seiner Verirrungen doch im ganzen auch mit seinem Herzen beim Volke geblieben ist, wird weit heller durch die Weltgeschichte strahlen als die Erscheinung so mancher Gewaltigen, dessen Gedächtnis den Völkern von den herrschenden Klassen aufgezwungen wird.

Das Bürgertum wird es bei der Jahrhundertfeier des Begründers der nationalen Einheit Italiens an Verherrlichung nicht fehlen lassen. Aber schwerlich wird es einen solchen Mann jemals wieder hervorbringen. Es ist nur gut, daß Garibaldi die trostlose Verwüstung, die eine schlechte Verwaltung und eine schrankenlose kapitalistische Ausbeutung in dem geeinigten Italien heute anrichten, in ihrem ganzen Umfang nicht mehr gesehen hat. Das würde ihm seinen ohnehin nicht ungetrübten Lebensabend ganz verdirbt haben.

Das goldene Kreuz.

Roman von Karl Benzmer.

8. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

17.

Voll banger Ahnung eilte die allzeit hilfsbereite Antje zum Strand hinab und sah die gerettete Dame, noch mit einer Ohnmacht ringend, in den Armen ihres tief gebeugten Gatten und von mitleidenden Menschen umgeben. Der Mond goß sein fahles Licht über ein Bild aus, das bewältigend wirkte. An der trotz der augenblicklichen Windstille immer noch stark stampfenden See wogte die Menge, die in Todesangst dem Erwachen der schönen geisterbleichen Frau harrete, über welche sich in febernder Sorge deren Gatte beugte. Um das lange dunkle Haar der Ohnmächtigen wob ein goldiger Schein; wie ein Engel lag die Frau mit verklärten Zügen da. Kein Sterbenswort wurde gesprochen und bange Erwartung herrschte ringsum.

Ein Ausruf der Zufriedenheit erkündete, als des Krugwirts Töchterchen über die Düne kam. Willig gab man ihr Raum, der kleinen Feldin, die, wie keine, geschult war im Gebiet des Wiederbelebens. Sofort taktete Antje nach Puls und Herzschlag, rieb die erstarrten Hände warm und neigte die bleichen Lippen mit rasch herbeigezogenem Essig. Bald schlug die schöne Frau die Augen auf und schmeigte ihr Haupt an des Gatten Brust, mit dankbarem Blick auf Antje. Nach einer Weile erhob sie sich müde und wankte, gestützt auf ihn und Hindrick dem Lebermann'schen Hause zu; ihnen folgten die alten und jungen Männer von Gongh nach.

An der Schwelle empfing Frau Mariet die Geretteten und geleitete sie in der Osterstube, die sie zu deren Aufnahme vorbereitet hatte. Nebenoll half sie der schönen, blaffen Dame sich der nassen Kleidung zu entledigen, denn Antje war zu dem Knaben geeilt, der noch schlummernd in ihrem Bettchen lag. Welche keine Stoffe umhüllten die zarten Glieder der vornehmen Frau!

Geführt von den Ältesten der Gemeinde traten die zwölf braven Ketter in die Silberstube und ließen sich erschöpft an den Tischen nieder, um sich nach dem harten Strauß zu erlaben. Bevor sie an sich selbst gedacht, hatte Antje, um es

dem Vater leicht zu machen, ihrer Dienstpflicht genügt und den sämtlichen Gästen Bier kredenzte.

„Bombenelement, Vater, das war 'ne Höllensfahrt!“ raunte Hindrick, nachdem er sich gestärkt hatte, Peter Lebermann ins Ohr. „Noch zu keiner Zeit ging es so schwer, und nimmer hätt' ich geglaubt, daß wir es holen würden. Gelt, hätten wir Antje nicht gehabt! Sie hat'n groß Bart mit drin, denkt Euch, den Jungen hat sie selber gerettet! Es war 'ne Freude, anzusehen, wie sie den kleinen Balg den Wellen abrang!“

Peter lachte das Herz im Leibe vor Vaterstolz und schweigend nickte er dem feurigen Erzähler zu.

„Glaub's Dir, mein Junge; laß es aber meiner Frau nicht hören, immer wird sie fuchswild, wenn Antje mit hinausgeht. — Wer kann sie aber halten, sobald die Notschüsse über das Meer knattern?“ flüsterte er kaum hörbar, indem er ängstlich die Tür im Auge behielt. Als Frau Lebermann geschäftig rasch in die Stube trat, gab er Hindrick einen Stoß in die Rippen, um ihn zur Vorsicht zu mahnen.

„Wie jammerte die zarte Frau nach ihrem Jungen!“ berichtete Mariet, die der Drang zur Guttat förmlich umgewandelt hatte, „und als ich ihn ihr in die Arme gelegt, welche Mutterfreude war's! Jetzt schlummern beide sanft wie die Engel, und sehr vornehme Leute sind's, Peter, das hab ich auf den ersten Blick gesehn.“

„Im ja, der Mann scheint mir reich zu sein,“ raunte Lebermann den Seeleuten zu, „wird Euch wohl 'n gutes Wappplaken für Eure Tat in die Hand legen, ich glaube, daß er Moses und die Propheten hat.“

„Mag er noch so viel haben, Vater, mit Geld kann er mich nicht lohnen, ich würd's ihm vor die Füße werfen,“ erwiderte Hindrick stolz.

Frau Mariet, die es gehört, zuckte ob der vermessenen Sprache des Findlings zusammen und hätte sie ihm gern heimgezahlt, mußte aber heut sehr auf der Hut sein, denn die zwölf an jenem Tische waren die Löwen des Tages. Beseligt bläute Hans Niemann seinem Jungen ins Auge und nickte ihm heilspflichtig zu.

„Was sagt Ihr dazu, Kameraden?“ hub Hindrick Niemann wieder an, „würdet Ihr Geld nehmen, wenn er es Euch böte?“

Frau Lebermann konnte vor Zorn kaum mehr an sich

halten, beherrschte sich aber und sparte sich den Dentzettel für eine bessere Zeit auf.

„Nein, nein, nein!“ hallte es laut wie aus einem Munde, „mit Geld läßt sich's nicht abmachen, Gin hat ganz recht.“

„Dabei so arm wie 'ne Wasserratte“ zischte Frau Mariet, mit verächtlichem Blick auf den Findling, leise vor sich hin.

„Je nun, so plump brauchte es der reiche Mann just nicht zu machen,“ sprach Peter schmunzelnd. „Ein gutes Wort findet immer 'ne gute Statt, versteht Ihr?“ Alle nickten. „Was zum Exempel jener vornehme Herr ist, den Ihr mit Frau und Kind gerettet habt, so wär's, mein ich, gar so übel nicht, wenn er Euch später 'n gut Bart zu einem Schoner reedete oder zu einer Ruff, nicht? Ihr wolltet doch auch den Fuß mal auf ein eigenes Fahrzeug setzen, gleichviel, ob groß oder klein, und wenn jener Herr Euch dazu die Hand böte, wä're das denn zu viel verlangt, was?“

„Jesus, wie redselig heut mein Peter ist!“ dachte Frau Mariet, „und was er für dummes Zeug fohlt!“

Mit Stentorstimme hatte Lebermann die Frage getan und blickte, einer Antwort gewärtig, auf das junge Volk hinab.

„Gelt, das wäre ganz was anderes,“ kam es über die Lippen Aller zugleich, und die dem Alten Nahestgenben drückten ihm herzhaft die Hand.

„All right, dann laß sich davon reden,“ erklärte Christ Fretmust, „schneidet Euch aber nicht, Alterchen, denn aus dem Herzen, aus dem Sinn. Die Art kommt nicht leicht mit dem Ellenbogen in die Tasche hinein, wenn sie auch vom großen Christopher spricht. Ich habe kein Vertrauen zu der Sache; solche Herren kennen ja kaum die Gefahr, in der man sein Leben ausgezehrt ist.“ Man tauschte seine Ansichten aus und vertiefte sich in eine Unterhaltung über die Segelschiffahrt durch die Vermehrung der Dampfschiffe. Auch von den Monatsheuern sprach man und von vielen anderen Dingen.

Das kompetenteste Blatt für nautische Berichte wurde von einem Jungmann laut vorgelesen. Begierig hing Ohr und Herz an den Schiffsnachrichten, die für jede Familie an der Meeresküste, weil sie die Zukunft und den Abgang der Angehörigen aus den verschleppenen Häfen, sowie die auf

Erst im Juni begannen die Verbündeten wieder die kriegerischen Unternehmungen. Die Schlacht von Friedland am 14. Juni war die Wiederholung von Jena im Osten. Die russische Armee stob in wilder Flucht auseinander, sie bestand im Grunde nur noch aus Waisenskindern. Die Verbündeten zogen sich hinter Memel zurück. Der Preussische König wurde aufgegeben.

Niemals war Napoleon so stark wie in dieser Schlacht. Ganz Preußen war jetzt in seiner Hand, und niemand hätte es mehr retten können. Und wiederum sah Napoleon nichts wie den Frieden.

Der letzte Akt des Dramas hat an sich etwas von einer Höfischen Possenreize, die noch ihres Dichters wert ist. In Blüthenprunk, gellendem Gelächter vollzog sich die letzte Entthronung eines Monarchen, den nur noch ein Herrscher: das einzige Gewerbe, das er verstand, aus Gottesgnaden sich zu retten, und wenn er sich nicht retten konnte, die zerbrochene Krone im Not zusammenzuflicken. Was hätte dieser König im Stillen aufzufangen sollen? In der russischen Legende hat die Farsce von Tilsit in eine tragische Tragödie der schuldlos leidenden Heldin umgewandelt. Wie oft haben wir in Wort und Bild die Königin gesehen, wie sie, geküßt in ihre Tugend und ihre Vaterlandsliebe, küßt vor den teuflischen Herrscher der Welt hat, die unwillkürlich sich vor solcher Macht der Keinheit beugte. Wir kennen heute die Szene und ihre Vorbereitung in allen Einzelheiten, und nichts bleibt übrig als das fast überaus Gelächter über die Erniedrigung dieser Puppen auf der Welt, die ihres Stützens beraubt — um noch mehr Menschen sind. Frau Luise war keine Judith, die in der Lager des verhassten Feindes ging, sich in wildem Entzücken, um ihr Vaterland zu retten. Napoleon war freilich ein sehr großer, aber eine wohlwollende Dame, die durch die zahllosen Schuldigungen für ihre Weiblichkeit eine Wirkung überschätzte, in einer einstudierten Romanze einem harten Mährer für den banterotten Gemeinmann die Bedingungen abzumachen wollte. Der Mann, der keine Frau schickte, — nichts weiter als dieser im bürgerlichen Leben sich unzählige Male ereignende Geschäftsmann — war die Haupt- und Staatsaktion von Tilsit.

Während des Feldzuges 1807 war dem Baron vom Müller zu Maisbach bei Wiesloch (in Baden), der sich des Herrn mehrfach erdienten und hatte ihm verraten, der König von Preußen würde mit Hilfe Russlands mächtig werden, als zuvor. Müller reiste nach Königsberg, wo er durch zahlreichem Unfällen eintraf, brachte seine Frauherren mit, ward dort höchst freundlich aufgenommen und von der Königin beschenkt.

Aber der Geist des Herrn kannte den Zaren nicht. Alexander I. der geschornen hatte, mit seinem Freunde zu liegen oder unterzucken, ließ aus qualvoll zerrissenem Herzen nach der Niederlage bei Friedland dem König mitteilen, daß er die Hoffnungen aufgab und daß er den General Bennigsen zu Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigt hätte, aber nur, wenn der Zustand der Armee es durchaus notwendig machte. Der treue Freund verwichlich seinem Bundesgenossen, daß er bereits auch den Fürsten Lobanow ermächtigt hatte, mit Napoleon über den Frieden zu verhandeln. Der Bruch des Schwurs, den 1805 Friedrich Wilhelm III. beim Grabe des einzigen Friedrich geleistet, dem Zaren ewig beizustehen, war nun vom Zaren mit gleicher Münze heimgesucht. Er lud den König nach Taurroggen zu einer Unterredung ein. Aber Taurroggen schien ihm dann doch nicht sicher. Im Heere garte es. Schon sah er das Schicksal seines Vaters vor Augen, des Zaren Paul, den er hatte ermorden lassen, um auf den Thron zu kommen — die fromme Luise fand ihn um des höchsten Vatermordes willen nicht weniger berauschend edel. Bis nach Sczawl schickte er, 100 Kilometer von der französischen Armee entfernt. Hier nun beschloß er, sich in den Schutz Napoleons zu begeben, zunächst einen Waffenstillstand zu schließen, für sich allein, ohne den Preussenkönig auch nur in Kenntnis zu setzen. Um das Geschäft allein mit Napoleon abzumachen, ließ der Zar förmlich vor dem König davon. Raum war Friedrich Wilhelm III. in Sczawl eingetroffen (am 21. Juni), so reiste Alexander nach Taurroggen. Derweil kam schon die Nachricht, daß zwischen Frankreich und Rußland allein ein Waffenstillstand abgeschlossen sei. Der König eilte dem Zaren nach, holte ihn in Taurroggen ein; der aber entwich ihm wieder. Ein beißendes Spottbild, wie der König dem Zaren nachläuft, um ihn am Armel zu fassen, wie aber der Zar in dem Wettlauf zu Napoleon Sieger bleibt! Am 21. Juni hat der Zar den französischen Kaiser um eine Unterredung und bot ein Bündnis an. Der Be-

*) Wir entnehmen diese Ausführungen dem Buche von Cäsars, „Das Ende des Reichs“, Berlin, Buchhandlung Vorwärts. Preis brosch. 4 Mk., geb. 5 Mk.

herrscher des asiatischen Europa, der Despot eines mittelalterlichen Reiches der Barbaren, bettete vor dem Sohne der Revolution. Im Bittgebet, eine Weile von Tilsit, auf einem im Memelstrom veranfertigten Floße, trafen sich Bonaparte und Alexander I. Sie sprachen von einer Weltbund gegen England, von der Aufteilung der Türkei. Am Ufer, in russischem Militärmantel, mitten unter russischen Offizieren, stand zwei Stunden lang in strömendem Regen Friedrich Wilhelm III., angstvoll des Augenblicks harrend, wie man seiner Begehrte — eine ins Russische überfahrene Ganoßfahne. Aber man dachte nicht an ihn. Endlich am 26. Juni wurde der König auf das Floß des Schicksals genommen. „Ich habe ihn gesehen.“ — schrieb der König an seine Gattin nach Memel — „ich habe mit diesem Angeheuer gesprochen, den die Hölle ausgespien, den Beelzebub geformt hat, daß er die Weisheit der Erde sei.“ Auf Wunsch Napoleons stellte Friedrich Wilhelm III. ihm seine Begleitung vor. „Denke Dir“, fährt der König in seinem brieflichen Bericht fort, „dieses Vieh ist so unhöflich gewesen, mich weder vorzustellen, noch sein infernalisches Gefolge mir vorstellen zu lassen.“ Napoleon habe den Zaren zum Diner eingeladen, ihn nicht. Nach solchen Schimpereien fügt Friedrich Wilhelm vorstellig hinzu: „Ich bitte Dich, mach keinen unvorsichtigen Gebrauch von dem Inhalt dieses Briefes, vergiß nicht, daß wir mehr als jemals in den Fängen des Vogels Noe sind.“ Napoleon unterhält sich übrigens mit Friedrich Wilhelm III. über die Mithlände in der — preussischen Arme.

Viel, die man in diesen Briefen bei ihrer immer abwechselnden politischen Tätigkeit beobachten kann, beeinflusste von Memel aus den Gemahl im Sinne Hardenbergs. Sie redet auf ihn, wie auf einen Menschen, dem man die Sache sehr oft wiederholen muß, damit er sie begreift. In einem Briefe wiederholt sie ein dutzendmal unermüdlich die Lösung: Du darfst nicht Hardenberg diesem Teufel, diesem Doktor Haut und seinem Dantulus (Lallenbrand) überlassen, das sei der erste Schritt zur Sklaverei und würde ihm die Verachtung der ganzen Welt zuziehen. Der König solle lieber auf die Hälfte seines Vermögens verzichten, aber nicht durch Weiritt zu den Rheinbundsstaaten seine Unabhängigkeit opfern. Die Unhöflichkeit Napoleons überrascht dieskönig nicht; denn ihm fehle der gute Wille oder es sei Mangel an Lebensart und an Kenntnis der Hofgebräuche. „Car comment voulez-vous que cet être infernal, qui est assis sur le trône empereur, sache ce qu'il doit aux Rois?“ tröstet sie stolz den Gemahl in ihrem deutliche Brocken einmütigen Französisch. Sie nennt Napoleon den Infamen. Sie ruft Gottes Rache an, weil auf dem Memel-Bavillon nur die Initialen N. und A. angebracht sind, aber nicht das E. W. des Landesherren. Sie schilt ihn einen Unwürdigen, einen verruchten Mörder und zitiert — falsch — Maria Stuart: „In dieser Prust wohnt kein Herz.“ Am 1. Juli klagt der König, wie schwer es sei, mit Napoleon zu verhandeln. Auf dieselbe Weise, wie der eine seine höflichen Kreaturen beim König sich bemerkbar zu machen suchten, so verfährt Friedrich Wilhelm jetzt selbst gegen Napoleon. Er bemüht sich, seinen guten humor abzugeben. Bei der Reue habe man ihm geraten, sich in der Nähe des Kaisers zu halten, weil er dann anzusprechen ließe. „Nun, ich habe diesen Posten nicht mehr verlassen, wie ein Kavallerie-Wachmeister. Aber glaubst Du, daß er an mich das Wort gerichtet hat? Nicht ein einziges Mal. Aber ich versuche es, so oft ich die Gelegenheit dazu fand, es zu tun. Dann hat er mir höflich aber kurz geantwortet, und alles, was er mit mir gesprochen hat, war die Frage, ob Tilsit eine alte Stadt sei.“ Um das Angenehme seiner Lage zu steigern, begab er im Vorzimmer Napoleons regelmäßig dem Fürsten Friedrich von Hohenhausen-Neuhagen, seinem früheren Obristleutnant, in französischer Uniform.

Am 27. Juni kommt in einem Brief Luises der grausam kitzelnde Gedanke auf, fast wie ein Schwangerschaftsgelüst — sie trug ein Kind unter dem Herzen — den Teufel zu sprechen: „Sollte nicht Seine Majestät Napoleon, damit das Tilsiter Fest vollständig würde, die Aufmerksamkeit haben, mich einzuladen, um auch bei dem intimen Bunde zu sein. Da ich ihn so sehr liebe, würde das mir sehr angenehm sein!“ War das die erste Anregung? Am 29. Juni meldet Friedrich Wilhelm III., Napoleon habe bei Tisch gesagt, er wisse, daß die Königin ihn nicht liebe, ob nicht nun auch sie mit ihm gleichzeitig den Frieden machen möchte. Dann habe er auf ihr Wohl getrunken. General Kalkreuth habe mit dem Marschall Murat über eine Reise der Königin nach Tilsit gesprochen, was ihr gewiß sehr unangenehm sein würde. „Ich habe zu Kalkreuth gesagt“, fügt der Gemahl hinzu, „wenn nicht wenigstens Napoleon den Wunsch äußert, würde ich nicht, wie sich das zweckmäßig veranlassen ließe.“ Luise aber greift den Gedanken sofort auf: „Mein Entschluß ist im selben Augenblick gefaßt worden. Ich komme, ich fliege nach Tilsit, wenn Du es wünschst, wenn Du glaubst, daß ich etwas Gutes wirken kann, aber meine Ankunft müßte durch irgend einen dezenten Anlaß begründet

werden.“ Sie könnte nur kommen, wenn Napoleon ihn in sehr ehrenvollen Ausdrücken darum bittet oder ihm wenigstens seinen Wunsch äußert. Sie will, daß an Hardenberg wenden, daß er ihr die zu spielende Rolle ausarbeite, die sie auswendig (par coeur) lernen wolle, weil sie doch mit dem Menschenfreund nicht frei vom Herzen (da coeur) zu reden verstände. Inbessenen Napoleon denkt nicht daran, sie einzuladen, und der Gatte drängt trotzdem: „Hier ist alle Welt vollständig überzeugt, daß Dein E. W. in jeder wohlthätigen Wirkung haben könnte. Hardenberg aber in keinen Denkwürdigkeiten seine Wittvaterschaft abgeleugnet hat, besonders äußert sich in diesem Sinne und bittet mich, keinen Augenblick zu verlieren, und Deine Kette zu beschleunigen, da der Augenblick kostbar sei.“ Es sei keine Aussicht, daß Napoleon der Königin seinen Besuch abstatte, aber zu vermuten, daß er sie zu Mittag einladen würde. Luise, deren bezaubernde Dictione während ihres nach Tilsit folgenden Königsberger Aufenthaltes ihr erster Freund Schaffner nicht genug zu preisen weiß, ist erschreckt über die Art, wie sie kommen soll, ohne Einladung von dem Herrn der Welt — aber sie eilt zu dem Teufel, der sich aus dem Kot emporgeschwungen hat!

Wir besitzen neuerdings eine gänzlich nüchterne Schilderung, wie Luise für weltgeschichtliche Ereignisse Toilette zu machen pflegte. Kurz vorher hatte sie in Memel den Zaren empfangen. Über diese Zusammenkunft Alexander I. und Luises schreibt der in allen Maaßen der Zeit nach Jena hilt- und ratreiche Stagemann an seine Frau. Er beobachtete die Szene aus dem gegenüberliegenden Fenster. Wir erfahren, daß sich die Königin mit allem Raffinement geschmückt, ehe sie den Gang antrat; französische Beobachter haben bei der Schilderung der Tilsiter Szene nicht unterlassen, auf die Verwendung roter Gesichtsfarbe aufmerksam zu machen. „Im Schlafzimmer (schreibt Stagemann) sah ich zuerst die Königin ihre Toilette machen; der Morgenanzug, worin sie den Kaiser empfing, war weißer Mouffelin mit einem gleichen Schleier an demselben gewunden. . . . ein violette, breites Band statt Stirnle. Der Kaiser kam um 12 Uhr in einem offenen Wagen. Der König empfing ihn . . . und hob ihn mit einer beiderseitigen Umarmung aus dem Wagen. Der Kaiser führte sie in ihr Wohnzimmer. Sie war in großer Bewegung, ihr Gesicht glühend, das Schnupftuch in der Hand, mit dem sie sich von Zeit zu Zeit die Tränen zu trocknen schien. Der Kaiser stand ehrerbietig vor ihr, freundlich, aber doch viel ernster, als ich ihn mir dachte. Nach 10 oder 15 Minuten ging die Königin in ihr Schlafzimmer, wo sie ihren Tränen freien Lauf ließ. Nach 5 Minuten kam sie wieder, und diese Unterhaltung dauerte bis um halb Eins, wo der Kaiser zu Fuß in seine dicht anliegende Wohnung ging. Der König und die Königin schoben das Fenster ein wenig auf, um Atem zu schöpfen. Sie war sehr heiter geworden. Unsere alte Generalität und Ministerialität, in voller Gala, empfingen ihn vor der Thür. Die Reliquien der Garde paradierten vor dem Hause.“ Genau dasselbe hätte ein Schlafzimmerpion über die Szene in Tilsit schreiben können.

Wörtlich sagte die Königin einen (erhaltenen) Text Hardenbergs wörtlich her, oder vielmehr sie versuchte es. Sie begann wie Hardenbergs Entwurf mit der Phrase: „Ich habe mich die Mühe, mich in die politischen Angelegenheiten zu mischen, an denen ich niemals Anteil genommen habe, sondern ich will zum Herzen Napoleons als Mutter und Gattin sprechen.“ Und der ruchlose Mörder hatte doch kein Herz! Aber Napoleon, der es besser wußte, wollte nicht, daß sich die schöne Frau weiter in ihrer Verlegenheitskünste äußerte. Er unterbrach sie und wick alle Verjungen des Hardenbergschen Textbuches, politisch zu reden, aus. Er spielte das Gespräch ins galante und frauenzimmerliche, und indem er die Gelegenheit wahrnahm, seine gewerblichen Kenntnisse zu bereichern, vielleicht auch, um zu erproben, ob man trotz der Kontinentalisier Manufacturen aus England schmuggelte, erkundigte er sich nach der Herkunft des Stoffes, aus dem das entzückende, Weltgeschichte agierende Kleid der Dame hergestellt war.

Der Erfolg der auf die Sinnlichkeit eines plumpen Barbaren berechneten Intrige war umgekehrt. Luise hatte sich in der Seidenrolle gefaßt, einem wüsten und ungeschicklichen Zatan entgegenzutreten, und sie war entzückt von jenem feinen Kopf, seiner edlen Haltung, seinem lebenswichtigen Wesen. Voll ausschweifender Erwartungen verliebte sie Napoleon, und der König und seine Umgebung hofften mindestens ein Viertel mehr von Preußen zu retten. Napoleon aber schrieb an seine Gattin nach Paris: „Die Königin von Preußen hat gestern mit mir gepocht. Ich mußte mich dagegen wehren, daß sie mich noch zu einigen Zugeständnissen an ihren Mann nötigen wollte; aber ich bin galant gewesen und habe mich an meine Politik gehalten. Sie ist sehr lebenswürdig.“ Und tags darauf, nach einer zweiten Zusammenkunft mit Luise, neckte er seine Frau: „Die Königin von Preußen ist wirklich entzückend,

den Meeren vorgekommenen Unglücksfälle berichten, Juteresse haben. So möchte eine Stunde vertrauen sein und alt und jung stand im Begriff nach Hause zu gehen, als die Tür geöffnet wurde und der Fremdling in die Süderstube trat. Alle erhoben sich vom Plag, allen drückte er dankerfüllt die Hand.

Trotz des materiellen Schadens, den er durch die Strandung seiner schönen, neuen Fregatte, obgleich sie versichert war, erlitten, befand sich Herr Giersdorf — so hieß der Gestrandete — in einer sehr dankbaren Stimmung. Weib und Kind, sein höchstes, waren ihm durch die Gewandtheit und Kraft todesmutiger Jünglinge am Leben erhalten geblieben, ob leider er auch den Tod eines Teils seiner Schiffsbetätigung zu beklagen hatte. Gebraut und mit großem Fachverständnis beschrieb er den Männern die schreckliche Fahrt, auf der sie vergebens sich vom Lande abzuhalten versucht, vergebens mit dem Anprall der Wogen gerungen hätten. Aufmerksam folgten alle seinem interessanten Vortrage, und als er geendet, rief Frau Lebermann lebhaft aus:

„Gott sei gelobt, Herr Giersdorf, Frau und Sohn schlafen beide wie Engel so sanft. Bitterlich weinte vorher die Mutter, als sie ihr Kind nicht fand; ich hab's aus Antje's Kammer geholt und es ihr in die Arme gelegt, o welch eine Freude war's!“ Erstaunt lauschten alle den Worten dieser Frau. Wie mild war sie und empfänglich für fremdes Leid, wie hart und mitleidslos gegen das Herzensweh ihres eigenen Kindes! — Es ist das ein psychologisches Rätsel, wenn man leider in Gesellschaften oft begegnet und das sich auf Selbstsucht und Größenwahn begründet. — Mit warmem Dankesblick schloß Herr Giersdorf Frau Lebermanns Hand in die seine, dann wandte er sich zu seinen Rettern:

„Nächst Gott schulde ich Euch, Ihr braven Männer, mein ganzes Lebensglück, wie soll ich's Euch vergelten?“ Hub er leutselig wieder an. Alle verharren in Schweigen: man hörte im Zimmer nur den regelrechten Wendelschlag der Schwarzwälder Uhr. „Ich danke Euch von Herzen, mehr vermöge ich vorläufig nicht.“ fuhr Herr Giersdorf fort, „gebet mir aber Zeit, an dem Wohl Eurer Zukunft mitzuarbeiten und — davon später.“

Wie jetzt brühte der vornehme Mann die materielle Seite der Rettungsa., allen ging sein verheißendes Wort zu Herzen.

„Wir finden den Lohn der schuldigen Tat in uns selber und in dem Bewußtsein, einer Mannespflicht genügt zu haben.“ erwiderte Hindrick Niemann stolz. „Ich verhehe Sie, lieber Niemann und weiß Ihr Empfinden zu schätzen.“ entgegnete Giersdorf mit einem Handschlag, der wie ein elektrischer Strahl Hindricks Herz durchzuckte. „Bitte, Frau Lebermann, sorgen Sie, so rasch es sich tun läßt, für Akung und für das beste Getränk, das Sie im Keller haben. Ich möchte mich mit meinem durch die Rettungsaat ermatteten Freunden erquicken. Es war eine sehr harte Arbeit!“

Das war Wasser auf Frau Lebermanns Mühle. Ob hatte sie ja Beidung aus der Stadt und Umgegend und mußte für solche Fälle stets gerüstet sein. Alle Zutaten zu frugalem Ambis lagerten in der Speisekammer; ein vorzüglicher Wein, selbst deutscher Schaumwein im Keller. Mutter und Tochter eilten hinaus, um dem Gebot des Fremdlings Folge zu geben.

Rasch wurde in der Westerstube, der größten des Hauses, eine lange Tafel mit schneeweißem Linnen gedeckt und mit schmackhafter Kost reich besetzt. Alt und jung reichte sich um den Tisch, zwischen ihnen Giersdorf, und als die Botsche von schönem Mosel und Schaumwein aufgetragen war, füllte er persönlich die Gläser und brachte seinen Errettern in wohlgelegter Rede ein schallendes Hoch aus, das jubelnder Nachhall fand.

Der blondlockige Hindrick Niemann nahm des Fremdlings Interesse am meisten in Anspruch, unwiderstehlich bannten ihn sein gutes Auge und seine offene Sprache. Er offenbarte den Männern, daß er Schiffseeder in Lübeck sei und erzählte ihnen während des Mahles Episoden aus seinem bewegten Leben. Schon jung hatte er in Geschäften die Welt durchschweifert, und die Seeleute bekamen förmlich Respekt vor dem Manne, der sich mehr verstand hatte, wie mancher von ihnen.

Immer von neuem blieb des Fremdlings Blick an Hindricks edlen Zügen haften, der voll Spannung zuhörte! Instinktiv fühlte sich Giersdorf zu dem jungen Steuermann hingezogen. Auch Antje konnte nicht davon abkommen, amüßigen den beiden prüfend das Auge schweifen zu lassen. Welch Spiel des Zufalles! Beide hatten gleiche Augen, das gleiche blondhaar, die gleiche Gestalt, der charak-

teristische Zug einer gewissen Zusammengehörigkeit lag in den vornehmen Mienen ausgeprägt. — Nun, wie oft begegnet wir auf unserem Lebenswege Menschen, die sich so ähnlich sind, als wären sie unter einem Mutterherzen austragen!

„Für mich ist die Ostsee ein verhängnisvolles Meer.“ sprach Herr Giersdorf, nachdem er sich eine Weile mit Hindrick leise unterhalten hatte, wehmütig. Vor einer Reihe von Jahren hat in ihrem Schoß meine Mutter mit einem kleinen Bruder auf ihrer Fahrt von Lübeck nach Peterzhurg ein frühzeitiges Grab gefunden.“ Hans Niemann und Antje Lebermann zuckten jäh zusammen. „Zwar war ich damals noch ein Kind, in dunklen Umritten aber treten oft jene Tage der Trübsal, die das Schicksal über meinen armen Vater gebracht, vor meinen Geist. Es war eine sehr unglückselige Zeit!“

Herzlich brach Herr Giersdorf ab; voll Teilnahme schenken aller Blicke an dem seelensguten Auge des Fremdlings. „Ihnen, lieber Niemann, der Sie meine Frau erretten, und zum lieben Mädchen dort, das mit Lebensgefahr ein einziges Kind aus den Wellen hob, danke ich mein höchstes.“ fügte er reich hinzu, indem er auf die schamhaft erröthende Antje wies. „Und Ihr Alle, wackere Männer, habt mit festem Mut und unverzagter Ausdauer an meinem Glück mitgearbeitet; mein Leben sei dem Zweck der Bergeltung gewidmet!“

Liebewegte wandte sich Giersdorf ab. Schon lange hatte der alte Niemann geisterlich dagehessen und auf den Mann gehandelt, der oben gesprochen. Ein Schauer lief ihm über den Leib bei dem schrecklichen Gedanken, daß dieser Fremdling mit rauher Hand in sein Leben eingreifen könnte. Sofort aber verwarf er das Jerrbild seiner erregten Phantasie, wie ihn das Herz fast abdrückte, das große, unerschöpfliche Meer hatte der Opfer ja schon ungeschulte Hingabegewogen, warum sollte er dies Ereignis aus Herrn Giersdorfs Wohlleben mit dem Geschick seines Hindrick zusammenschließen? Niemand!

Nicht das geringste Gewicht legte Hindrick Niemann auf des Fremdlings Erzählung, keinen Gedanken verschwendete er an dieselbe; wohl aber seine Antje. Mit Zitterhand schrieben sich Giersdorfs Worte in ihr Herz; sie wagte den Gedanken nicht anzudenken, daß dies Rettungswort auf der trüblichen See sie einst vielleicht von dem geliebten Manne retten könnte! (Fortsetzung folgt.)

Ne ist von von Kofertele gegen mich; aber sel deshalb nicht effersichtig; ich bin eine Wachsleinwand, von der alles abläuft. Der Preis würde mir zu teuer sein, den Galanten zu spielen.

Die Bonje, deren widrige Unwürdigkeit feltamerweise keiner von all den in den Feinheiten germanischer, monarchischer, und weiblicher Eitlichkeit bewanderten preussischen Geschichtsschreibern gefühlt zu haben scheint, war umsonst einstudiert.

Napoleon schloß am 7. Juni mit dem Zaren ein geheimes Übereinkommen und Defensivbündnis, in dem sich Rußland zur Politik der Kontinentalperre bekannte und sich unter bestimmten Voraussetzungen bereit erklärte, mit Frankreich zusammen den Krieg gegen England zu führen. Alexander I. verwandelte sich zwar für seinen „unglücklichen“ Bundesgenossen, ließ sich aber auf dessen Kosten ein erhebliches Stück von Neu Süpreußen zuzuschauen. Dafür wurde in den Friedensvertrag hineingelegt, daß Napoleon nur aus Rücksicht auf den Zaren die eroberten Provinzen an Preußen zurückgäbe. Diese inhaltliche Fügung für die Umgebung an den Zarismus hatte Preußen reichlich verdient.

Am 9. Juli wurde der Friedensvertrag zwischen Preußen und Frankreich unterzeichnet. Preußen verlor das Gebiet links der Elbe und die polnischen Landesteile. Es hatte vor dem Kriege 5.770 Quadratkilometer und 9.743.000 Einwohner, es büßte fast die Hälfte, 2.993 Quadratkilometer und 1.807.000 Einwohner, ein. 18 Millionen Vaterlandsliebe entzogen damit dem Staat. Aus dem polnischen Erbes wurde das Herzogtum Warschau gebildet, das eine Vollvertretung, das französische Recht und die französische Verwaltung erhielt; der König von Sachsen wurde zum sächsischen Oberhaupt ausgerufen. Langzig wurde Rehabilitiert. Am 17. Juli unterzeichnete General Kalkreuth einen weiteren Vertrag, nach dem die französischen Truppen etappenweise bis zum 1. November Preußen räumen sollten, aber unter der Bedingung, daß die noch zu zahlenden Kriegsteuern 112 Millionen bis zum 1. Oktober bezahlt würden. Da die Summe nicht bezahlt werden konnte, blieben die französischen Truppen in Preußen. Napoleon konnte nicht anders raten. Er rief sich sogar, dem Rheinbund beizutreten, um Schutzleistungen zu gewinnen. Aber nach allem, was vorgefallen, mußte er Preußen misstrauen, und ein unter aufgefingener Brief Zeins bewies ihm, daß man in Königsberg nur auf die Kämmung des Landes wartete, um mit Erreicht sich zu einem neuen Feldzug zu verbinden. Deshalb wurde Preußen auch verpflichtet, 10 Jahre lang nicht mehr als 42.000 Mann unter Waffen zu halten.

Als Napoleon am 10. Juli 1807 nach Königsberg kam, befahlen die Behörden, die Stadt zu illuminieren. Die Beleuchtung ward befohlen, so schrieb damals der Nachfolger Kants, Professor Kraus, nicht des Friedens wegen, der damals noch nicht geschlossen war, sondern, wie die Befehle den ausdrücklich sagten (der Präsident hat es mir erzählt), um unsere Ehrfurcht ebenso, wie es alle anderen überwindenen Städte getan, dem Kaiser zu bezeugen. Man illuminierte zu einer Zeit, wo in Preußen — so schildert es ein Zeitgenosse — alle Fabriken und Manufakturen stillstanden, wo die Maschinen, der Handel zugrunde gerichtet war; wo der Arbeiter vernachlässigt, die Bauern halb verhungert, die Beamten ohne Bezahlung, die Staatsfinanzen vollständig zerrüttet waren. Durch das frevelhafte Verhulden der preussischen Monarchie und des herrschenden Antertums!

Nichte aber schrieb nach dem Frieden von Tilsit aus Kopenhagen, wo er ein Mißlichte, an seine Frau: „Der gegenwärtigen Welt und dem Vürgerum hienieden abzutreiben, habe ich schon früher mich entschlossen. Ich glaube, die deutsche Nation müsse erhalten werden, aber siehe, sie ist ausgelöscht.“

Soziales und Parteilieben.

Der Seemannsstreik in Königsberg soll beendet sein. In einer am 5. Juli, nachmittags, dort abgehaltenen Versammlung der ausständigen Seeleute wurde beschlossen, den Ausstand abzubrechen und ohne Abbruch eines Tarifes die Arbeit zu den von den Reedern zuabwilligten Lohnsätzen wieder aufzunehmen. Der gleiche Beschluß wurde kürzlich auch von den ausständigen Seeleuten in Memel gefaßt.

Vom Kampf im Berliner Baugewerbe berichtet der „Vorwärts“: Die Baugewerkschaften begannen diesmal großen Schwierigkeiten, die auch durch die ergänzende Kontrolle am nächsten Tage nicht ganz überwunden werden konnten. Die Arbeit der handlichen Aufnahm war gestört und daher nicht so einseitig wie beim letzten Male. Immerhin wurde festgestellt, daß der 1. Juli keinen Unterschied in den Machtverhältnissen zu Gunsten des Verbandes der Baugewerkschaften herbeigeführt hat. Das Schweigen der Unternehmer ist in diesem Punkte berechtigt genug; sie wagen noch nicht, mit ihren Zahlen in die Öffentlichkeit zu treten. Die Arbeiter haben jedoch festgestellt, daß die Unternehmer seit dem 26. Juni nur 221 arbeitswillige und Akkordmänner mehr gewonnen haben, trotz aller großen Mühen und Kosten. Dagegen hat sich die Zahl der Maurer, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, um rund 350 vermehrt, sie ist von 4064 am 26. Juni auf 4414 gestiegen. 769 Tarifverträge sind bis jetzt abgeschlossen worden, darunter 41 mit Mitgliedern des Verbandes der Baugewerkschaften. Am 26. Juni waren 746 Verträge unterschrieben, darunter 82 mit Mitgliedern des Verbandes. Die Hoffnung, daß sich mit dem 1. Juli, mit der Aufhebung der Kautionspflicht, die ganze Situation zu Gunsten der Unternehmer ändern würde, hat sich nicht erfüllt, das war sofort erkennbar. Wohl aber hat mancher angenommen — und nicht wenige Mitglieder vom Verband der Baugewerkschaften selbst —, daß die Position der Unternehmer eine weit bessere sein würde, als sie gegenwärtig ist. Es ist interessant, auch an Einzelfällen die Wirkung der Bewegung illustrieren zu können. So erhalten wir die Mitteilung, daß der Kampf im Baugewerbe die rechtzeitige Eröffnung des Hebbel-Theaters unmöglich gemacht hat. Herr Direktor Dr. Robert hat sich nun entschlossen, mit dem bereits engagierten Ensemble eine Tournee nach Moskau und Petersburg zu unternehmen, um sein Personal für die Zeit der Bauverzögerung zu beschäftigen. Die bauausführende Firma hatte den Verzicht gemacht, ihren Verpflichtungen durch Hinzuziehung von sogenannten arbeitswilligen nachzukommen; mit welchem Erfolge, zeigt die Flucht der Theaterdirektion nach dem revolutionsdurchtobten Rußland!

Verbot der Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampfesseln. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichstagslers:

Auf Grund des § 4 Abs. 2 des Gesetzes, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (Reichsgesetzbl. S. 113) hat der Bundesrat beschlossen: Die Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampfesseln ist verboten. Berlin, den 1. Juli 1907.

Von unserer herrlichen Sozialreform. Der Maurer Vott in Schweinfurt erlitt seinerzeit einen schweren Unfall, der ihn vollständig arbeitsunfähig machte. Er erhielt des-

halb eine Rente, aber jetzt wurde ihm diese gleich um 30 Prozent gekürzt mit der klassischen Begründung, daß er „ja wieder an zwei Stöcken etwas gehen und auch Steigen steigen könne.“ Um den vollen Segen unserer herrlichen Sozialgesetzgebung genießen zu können, muß man also schon so weit zum Krüppel geworden sein, daß man überhaupt kein Glied mehr rühren kann.

Wegen „Aufwiegelei“ entlassen. Der Redaktion der „Volkswacht“ in Breslau wurde folgender Entlassungsschein vorgelegt:

Der Arbeiter (folgt Name) war in der Zeit vom (unausgefüllt) bis 29. 6. 07 bei mir als solcher beschäftigt und ist heute wegen Aufwiegelei entlassen worden. Die Beiträge zur Krankenkasse, Invaliditäts- und Altersversicherung sind regelmäßig bezahlt worden. Breslau, den 29. 6. 1907.

Max Günther, Maurermeister, Bau- und Zimmergeschäft, Breslau, Kaiser Wilhelmstraße 28/30.

Herr Max Günther ist jener Bauherr und Architekt, dessen Haus auf der Kaiser Wilhelmstraße am 18. April d. J. einstürzte, wobei zwei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden. Was den Entlassungsschein betrifft, so verleiht er gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung, was Herr Günther vor dem Gewerbegericht klar gemacht werden wird.

Keine Thronstufen. Aus Luxemburg wird berichtet: Die Kammer nahm am Freitag den 6. Juni über das Familienstatut des Großherzogs vom 16. April 1907 mit 41 gegen 7 Stimmen der Sozialisten, bei einer Stimmenthaltung, an. Das Statut bestimmt, daß der Großherzog seinen älteste Tochter in der Krone Luxemburgs, sowie als Ober des Hauses Nassau und in dem Besitz und der Verwaltung des gesamten Hausbesitzes nachzufolgen hat. Die Vertreter der luxemburgischen Sozialdemokratie haben feroc gehandelt, indem sie dem Gesetz, betr. Sicherheitmaßnahmen gegen das Freiwerden des Throns, ihre Zustimmung verweigerten. Das wäre ja eigentlich selbstverständlich und sollte nicht der Erwähnung bedürfen. Aber bekanntlich ist es in einem deutschen Staat schon vorgekommen, daß Vertreter der Sozialdemokratie in der Kammer sich für die Regelung der Thronfolge interessierten und auch einer Vorlage zustimmten.

Der bonkottierte Zigarettenladen. Unser Brandenburger Parteigänger veröffentlicht folgenden Kommandanturbefehl aus Jüterbog: Kommandantur-Befehl v. 7. 3. 07. 1. Das Verreten der Zigarettenhandlung Robert Ziehe, Vorstadt Damm, Hauptstraße 28, sowie das Kaufen dafelbst ist den Militärpersonen der Garnison streng untersagt. Die Polizeiverwaltung, sowie die Gendarmerie sind angewiesen, event. Übertretungen zur Anzeige zu bringen. gez. Schwarz. Das Verbrechen des Robert Ziehe, das mit dieser Verfügung erklärt wird, bestand darin, daß er sich bei der Reichstagswahl dem sozialdemokratischen Wahlkomitee zur Verfügung stellte.

Deutsche Kulturbilder.

Brüßler Schulpaläste.

Der jämmerliche Zustand vieler Schulgebäude auf dem Lande ist notorisch. Selbst von amtlicher Seite ist mehr als einmal auf die stiefmütterliche Behandlung der Volksschule in Preußen hingewiesen. Neue Beweise für die unglückliche Vernachlässigung der Schulgebäude finden sich in der von der Zentralabteilung des Kultusministeriums bearbeiteten Schrift über das Gesundheitswesen des preussischen Staates im Jahre 1905. Sit es nicht geradezu ein Schand auf den Titel Kulturstaat, wenn zum Beispiel in Johannisburg, Regierungsbezirk Allenstein, ein Schulgebäude vorhanden ist, von dem der Kreisarzt folgende erbärmliche Beschreibung gibt: Die Schule ist in einem geradezu elenden Zustande, aus Lehm gebaut und mit Stroh gedeckt. Stall und Schule bilden ein Gebäude. Die Zimmer der Wohnung sind klein, in ihnen riecht es dumpf und modrig und es herrscht eine grauenhafte Unordnung und Unsauberkeit. Der Fußboden ist sehr schlecht, in den Wänden sind große Löcher und Löcher. Auf dem Gute gibt es kein Aushaus, welches so elend ist wie die Schule.“ Ob solche Verhältnisse wirklich, wie die Denkschrift beschönigend hinzufügt, ganz seltene Ausnahmen geworden sind, bleibe dahingestellt. Selbst wenn das der Fall ist, werden doch aus anderen Kreisen noch Schilderungen gegeben, die, wenn sie nicht aus amtlicher Quelle, sondern etwa aus sozialdemokratischen Zeitungen kämten, sicherlich von der gesamten bürgerlichen Presse als Übertreibungen bezeichnet würden. Im Regierungsbezirk Köslin kam es vor, daß in zwei Schulhäusern die Diebelswand dem Einstürzen nahe war. In einer Schule deselben Bezirks schloß die erwachsene Tochter des Lehrers mangels eines anderen Raumes in der Schulstube. Ländlich-sittlich scheint es auch im Regierungsbezirk Toppeln zuzugehen, wo eine Gemeindeverwaltung sich weigerte, einen Ziegenstall aus dem Schulhause zu entfernen.

Abgesehen von solchen besonders erbärmlichen Zuständen förderten die Untersuchungen der Kreisärzte auch sonst recht viele Mängel zutage. Es wird über Überfüllung der Klassen, über schlechte Belichtung und Lüftung, über unzureichende Beschaffung der Schulbänke und auf dem Lande häufig über mangelhafte Trinkwasserversorgungs- und Abortanlagen geklagt. Selbst im Landespolizeibezirk Berlin fanden sich in 124 Schulen, die durch die Kreisärzte besichtigt wurden, nicht weniger als 54 mal Mängel. In zwei Schulen des Kreises Oels, Regierungsbezirk Breslau, herrschte der Schwamm so stark, daß auch die Holzleiste der Türen und Fenster ergriffen und die Wände überzogen waren. Im Kreise Soldin hatten in 18 Schulhäusern 7 Schulzimmer bedeutende Wandfeuchtigkeit; im Keller einer Schule des Kreises Luckau stand das Grundwasser 2/3 Meter hoch, während keineswegs die Zeit höchsten Grundwasserstandes war. Im Kreise Kalau fand der Kreisarzt 28 mal bedeutende Mauerfeuchtigkeit. Im Kreise Kottbus standen mehrfach die Ofen so dicht an und zwischen den Wänden, daß diese anholten; dabei wurde noch während des Unterrichts in den Ofen Heizmaterial nachgeschüttet, so daß die umstehenden Kinder in unerträgliche Temperaturen kamen.

Selbst die Reinigung der Schulräume wird hier und da vernachlässigt. Die Unflut, die Reinigung der Schulräume durch Schulkinder vornehmen zu lassen, ist noch immer weit verbreitet. In einigen Bezirken (Minden, Lahnbrück) mußte sogar ein besonderes Verbot dagegen von der Regierung erlassen werden. Wasserversorgung und Abortanlagen sind vielfach mangelhaft. Aus dem Regierungsbezirk Merseburg wird mitgeteilt, daß in den östlichen Teilen des Bezirkes, wo der Gebrauch von Aborten noch nicht allgemein üblich ist, die Forderung ihrer Verbesserung auf unzureichendes Verständnis stieß.

Nicht einmal die Turnhallen und Turnplätze entsprechen den Anforderungen der Hygiene. Im Regierungsbezirk Breslau z. B. war ein Turnplatz in einem Entensuhl ver-

wandelt worden, und häufig waren die Turnplätze mangelhaft geeigneter Absperrung sehr staubig und bei Regenwetter pfützenreich.

Es ist gewiß anzuerkennen, wenn einsichtige Kreisärzte solche Mängelstände an die Öffentlichkeit bringen. Aber damit allein ist es nicht getan. Es müssen energische Maßnahmen ergreifen werden, damit nicht die Kinder des Proletariats durch den Schulbesuch sich Krankheiten aller Art zuziehen, die ihre Erwerbsfähigkeit im späteren Leben beeinträchtigen. Es sei nur daran erinnert, daß das Schicksal vieler Kinder von den Ärzten mit der schlechten Vorsehung der Schulräume in Verbindung gebracht wird. So lange solche Zustände, wie sie hier geschildert sind, herrschen, hat der preussische Staat auf den Namen eines Kulturstaaes keinen Anspruch. Ein verhängnisvoller Irrtum wäre es, wenn man die Schuld einzig und allein auf den blühenden Kultusminister v. Studt schieben und sich dem Glauben hingeben wollte, daß es unter Herrn Holle besser wird. Nein, Schuld ist das System, die Inanerigkeit des Staates und der preussischen Volksvertretung, die für Kulturaufgaben kein Geld übrig haben. Zur Beseitigung dieser Zustände ist ein Bruch mit den bisherigen Systemen und vor allem eine Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts nötig, das die ganze Gesetzgebung auf dem Gebiete des Volksschulwesens in die Hände von Männern gibt, die ihre Kinder auf höhere Schulen schicken, dagegen das Proletariat, dessen Kinder auf den Besuch der Volksschulen angewiesen sind, von der Gesetzgebung ausschließt.

Aus dem Gerichtssaal.

Sittliche Verfehlungen eines Kreis Schulinspektors bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor der Strafkammer in Köslin. Die Anklage richtete sich gegen den seit Jahresfrist in Untersuchungshaft befindlichen 55jährigen königlichen Kreis Schulinspektor a. D. Johannes Janusch. Er wurde bei der Vornahme unzüchtiger Handlungen in mehreren Fällen beschuldigt. Mitangeklagt waren wegen ihrer Beziehungen zu dem Angeklagten ein Arbeiter die 43jährige Arbeiterwitwe Hopfstock und die unverehelichte 25jährige Wille. Sie sollen der Unzucht noch schulpflichtiger Mädchen mit Janusch Vorhubs geleitet haben; unter den gemißbrauchten Kindern befand sich auch die eigene Tochter der Wille. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Das Urteil lautete gegen Janusch wegen vollendeten und versuchten Sittlichkeitsverbrechens in je zwei Fällen auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; die Angeklagte Wille wurde wegen schwerer Kuppelei zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, während gegen die übrigen beiden Angeklagten Frau Hopfstock und die unverehelichte Wille, wegen einfacher Kuppelei auf sechs und drei Monate Gefängnis erkannt wurde.

Zieh' ich in finstere Mitternacht. Die Fahnenflucht eines Musketiers beschäftigte das Kriegsgericht der vierten Division in Hohenfels. Der Musketier Wilhelm Krakauer von der ersten Kompanie des 140. Infanterieregiments wurde eines Nachts auf Kosten vom Heimweh und von der Sehnsucht nach seiner Braut erfaßt. Er veranlaßte das Mädchen, ein Telegramm an ihn abzuleben, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß seine Schwester gestorben sei. Diese Angabe war natürlich nicht wahr. Der Kompaniechef gab ihm fünf Tage Urlaub, und Krakauer fuhr nach Felsleben bei Schönebeck in Sachsen ab. Hier gefiel es ihm so gut, daß er nach Ablauf der fünf Tage in einem Brief, der die gefällige Unterschrift seines Vaters trug, um weitere fünf Tage Urlaub bat, die ihm wieder bewilligt wurden. Auch diese fünf Tage vergingen. Aber Krakauer hatte keine Lust, wieder zur Kaserne zurückzukehren. Er stahl das Spartassenbuch des Vaters, hob 400 Mark ab und fuhr mit einem Mädchen des Dries nach Magdeburg, wo er sich mit Zivilkleidern verließ. Die Uniform überlieferte er dem Dorfschulzen von Felsleben. Von Magdeburg ging es über Dresden nach Wien, an die schöne blaue Donau, wo das Geld schnell ausging. Das Mädchen schrieb an die Eltern um Geld, und so wurde der Aufenthaltsort des Deserteurs bekannt. Der Dorfschulze schrieb an das Regiment. Krakauer wurde verhaftet und in Österreich zunächst zu 48 Stunden Kerker verurteilt, weil er sich in der Kaiserstadt unangemeldet aufhielt. Dann wurde er nach Preußen abgeschoben, wo ihn ein Feldwebel empfing. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Drei Monate Gefängnis für einen Automobilmord! Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß am 17. April in einem Hotel in Weimar eine Anzahl Herren, die einem Hohensulsdorf angehören, eine Sitzung hatten; dieselbe endete mit einem mehrstündigen Diner, bei welchem, wie üblich, auch dem Wein und anderen alkoholischen Getränken zugesprochen wurde. In angeheiteter Stimmung erbot sich der Rittergutsbesitzer Brauns, abends einige seiner Freunde und Bekannten mit seinem Automobil nach Gotha zu fahren. Der Angeklagte übernahm die Führung selbst und — wie die Zeugen übereinstimmend aus sagten — fort ging es im rasenden Tempo. Die tolle Fahrt hatte aber kaum begonnen, da war der Kunstmaler Professor Schulte aus Weimar totgefahren. — Nach der Aussage mehrerer Zeugen soll trotz erregter Jurise der Angeklagte sich geweigert haben, auszufahren, so daß die um das Auto verlammt Menschenmenge eine drohende Haltung einnahm. Kurz nach dem Unfall steuerte der Angeklagte in der kaltblütigen Weise sein Auto noch über Erfurt, Gotha nach Eisenach. Auch diese Fahrt brachte ihm, wie auch schon frühere Fahrten, eine Strafverfügung wegen zu raschen Fahrens ein. — Damals wurde gegen den Angeklagten ein Haftbefehl erlassen, derselbe blieb aber gegen eine Kautionshinterlegung von 30000 Mark auf freiem Fuß. Gegen 40 Personen waren als Zeugen geladen, darunter befanden sich auch eine ganze Anzahl Bergwerksdirektoren, die damaligen Bekannten des Angeklagten. Von den 6 anwesenden „Sachverständigen“ erklärten fünf: Ingenieur Zeglin = Charlottenburg, Wittmeister von Alten-Hannover, Direktor Schwarz-Eisenach, Graf Arco und Baron von Brandenburg, Kommandeur des Kaiserlichen freiwilligen Automobillkorps aus Berlin, das Verhalten der Angeklagten als einwandfrei. Nur der Automobillfabrikant Kuppe = Apolda bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als unverantwortlich leichtfertig. Der Angeklagte ist Mitglied des Kaiserlichen freiwilligen Automobillkorps. Auffällig mußte es deshalb schon erscheinen, wie Graf Arco und Baron v. Brandenburg in die Verhandlung eingriffen. Mehrfach erweckte es den Anschein, als ob diese neben den drei Rechtsanwältinnen Harmening-Jena, König-Berlin und Tegetmeyer-Weimar die Verteidigung führten. Doch sie konnten den Freund nicht retten. Von den Zeugenvernehmungen sind von Interesse die Aussagen des Hotelpersonals, welches über die Quantität und auch Qualität der genossenen Getränke im „Ruffischen Hof“ Aufschluß geben sollen. Hotelier Droege sagt aus, daß das Diner drei bis vier Stunden gedauert habe; es seien

von den Leben Teilnehmern genossen worden: 6 Flaschen Sekt, 4 bis 5 Flaschen Mosel (Josephhöfer), 4 bis 5 Flaschen Rotwein, Vitore und zwei große Krüge Bier, ca. 16 Liter enthaltend. Die Herren seien in angeheiteter Stimmung gewesen, aber nicht bezechert. Kaufmann Hartung hat die Herren im Balkonzimmer in der ersten Etage, dessen Türe offen stand, in seine kleine „Werkstätte“ für Studenten gehalten; er sah dann die Abfahrt mit an, die zwar langsam begonnen habe, aber schon nach dreißig Schritten in ein rasendes Tempo übergegangen sei. Referendar Kuhn, der bei der Abfahrt zugegen war, sagt aus, die Herren hätten auf ihn einen angetrunkenen Eindruck gemacht. Chorsänger Kreger kam aus der äußeren Ernterstraße und hat sich nur durch einen Sprung auf das Trottoir vor dem Auto retten können. Der Staatsanwalt betonte, daß er auf die Aussagen dieser fünf Sachverständigen weniger Wert lege, weil er das Empfinden habe, daß diese Väter im Interesse des Automobilsports gemacht seien. Er halte eine ganz empfindliche Bestrafung für angebracht und beantrage sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte, wie schon kurz berichtet, für diese frivole Tötung eines Menschen jedoch nur auf drei Monate Gefängnis. Bei der Verkündung des Urteils betonte der Präsident, daß schon drei Monate Gefängnis eine sehr schwere Strafe für einen Mann aus dem Stande des Angeklagten bedeuten. (Mit diesem Hinweis scheint sich das Gericht auf den Standpunkt zu stellen, daß das Strafmaß mit Rücksicht auf den Stand erkannt werden muß, dem ein Angeklagter angehört: je „höher“ der „Stand“, desto „niedriger“ die Strafe — eine sehr beachtenswerte Auffassung!) Weiter betonte der Vorsitzende noch, daß man es dem Angeklagten nicht anrechnen könne, daß er anfänglich sein Automobil nicht verlassen habe. Da man anfänglich der Ansicht gewesen sei, daß es sich um einen Arbeiter handle, der getötet worden sei, habe der Angeklagte mit „Ausdrücken des Klassenhasses“ zu rechnen gehabt. — Die Motivierung des Urteils ist recht eigenartig. Danach ist eine Strafe um so niedriger zu bemessen, je „höher“ der „Stand“ des Delinquenten ist; eine eigenartige Umkehrung der „hohen Stände“. Ferner dokumentiert der entscheidende Hinweis auf die Furcht vor „Ausdrücken des Klassenhasses“ wider Willen recht kraß das böse Gewissen der „höheren Stände“ über das Urrecht, das von der herrschenden Klasse der arbeitenden Klasse zugefügt wird.

Ständesgemäße Rowdies werden „ständesgemäß“ verurteilt. Der 21-jährige Student der Rechte Rudolf Albert in Halle geriet eines Morgens nach durchdringender Nacht im Cafe Marktloß mit dem Steuersekretär, Leutnant der Reserve Jakobs in Streit. Jakobs hatte in der Meinung, Albert habe sich ihm nicht vorgeteilt, in Beziehung auf letzteren die Äußerung getan: „Was ist denn das für ein häßlicher Prolet?“ Albert applizierte darauf dem Jakobs eine Ohrfeige, daß sein Gegner gegen das Buffet flog, und als Jakobs die Äußerung nicht zurücknahm, erhielt er von Albert noch eine zweite Ohrfeige. Die Folge davon war ein Pistolenduell in der Dolauer Gasse am Morgen des 25. März. Die Bedingungen lauteten dreimaliger Kugelwechsel bei 16 Meter Entfernung. Als Polizisten hinzukamen, die von der Sache Kenntnis bekommen hatten, sahen sie Jakobs in Offiziers-Uniform schwerverletzt am Boden liegen. Er hatte einen Schuß durch die Leber erhalten. Jakobs wurde vor einiger Zeit vom Kriegsgericht, das die Sache wegen Gefährdung militärischer Interessen hinter verschlossenen Türen verhandelte, zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Albert erhielt von der Strafkammer fünf Monate Festungshaft. — Von Rechts wegen gehörten die beiden „besseren“ Rowdies ins Zuchthaus.

Landarbeiterleben. Die auf einem Dominium in der Nähe von Striegau beschäftigten Mägen (Scheute) hatten sich vor dem Schöffengericht Striegau wegen wiederholter Anwendung von Getreide in kleineren Mengen, die von der Frau gegen Brot und Schwarzmehl bei Geschäftsleuten umgetauscht wurden, zu verantworten. Die Scheute waren geständig und gaben zu, das Getreide genommen zu haben, aber sie haben dies nicht genommen, um sich einen Vermögensvorteil daraus zu erwerben, sondern nur, um den Hunger ihrer acht Kinder einigermaßen zu stillen. Die Frau habe es nicht mehr länger mit ansehen können, daß die Kinder ohne jeden Vorrat früh den weiten Weg zur Schule machen müßten. Sie wollte ihre Kinder nicht mehr länger hungern lassen, und da der färgliche Verdienst leider nicht zu einer ausreichenden Befristung ausreichte, habe sie versucht, auf diese Weise die darbenenden Kinder zu unterstützen. Bittschriften, die sie an den Besitzer des Gutes richtete, seien nicht beantwortet worden. Dies ist der Sachverhalt, wie er in der Verhandlung zu Tage trat. Er spricht ganze Hände und aufreißender kann der Fall gar nicht ausgemalt werden. Auf der einen Seite der in Hülle und Fülle lebende Gutbesitzer, dessen Tiere sehr häufig bessere und reichlichere Unterfütterung und satt zu essen haben, auf der anderen Seite der arme, von früh bis in die späte Nacht hinein für färglichen Lohn schuftende Landarbeiter und dessen nach Brot schreiende Kinder. Jetzt wandern Vater und Mutter, die für hungernde Kinder Brot besorgen, wegen Diebstahls auf eine Woche resp. drei Tage ins Gefängnis. Zur höheren Ehre der kapitalistischen Gesellschaft.

Heiratskandidat und Sittengendarm. Eine raffinierte Schwindelin wurde vor dem Landgericht Dresden abgeurteilt. Es hatten sich wegen versuchten Betruges und wegen versuchter und vollendeter Erpressung der Markthelfer Ernst Heide aus Lommagisch und der Arbeiter Otto Max Mierisch aus Hintermauer zu verantworten. Im Januar 1907 waren beide Angeklagte arbeitslos, und sie beschloßen, sich durch Erpressung Geld zu verdienen, indem Mierisch als Heiratskandidat auftrat und Heide als Sittengendarm von den betörten Mädchen Geld erpressen wollte. Mierisch gab an eine Tageszeitung ein von Heide geschriebenes Heiratsgesuch auf, wonach ein „in guter Stellung befindlicher Ingenieur“, eine passende Partie suchte. Es meldete sich darauf eine in Dresden-Neustadt wohnende Dame, der sich Mierisch als gutbezahlter Beamter einer Nürnberger Maschinenfabrik vorstellte. Die Bekanntschaft gedieh so weit, daß M. mit dem Mädchen zu deren Eltern nach Außen reiste zu dem Zwecke, ein Darlehen von 1200 Mk., das angeblich als Geschäftsstation dienen sollte, zu erlangen. Dieser Betrug scheiterte an der Vorsicht der „Braut“. So oft Mierisch mit dem Mädchen zusammentraf, war auch Heide in der Nähe. Ebenso war dies der Fall bei einem Spaziergange im Großen Garten. Nach einer zwischen den Komplizen geschaffenen Verabredung erschien H. im gegebenen Moment plötzlich aus dem Hintergrunde, stellte sich als Sittengendarm vor und forderte Schweigegehalt. Mierisch und seine Begleiterin ergriffen die Flucht. An der nächsten Straßenecke trafen M. und H. zusammen, um weiter zu beraten, was zu tun sei. M. machte durch eine Zeitungsannonce die Bekanntschaft einer Köchin. Er bezeichnete sich als Werkmeister einer großen Fabrik. Als M. mit der neuen „Braut“ zum ersten Male in der Nähe der Hofenhauerstraße zusammentraf, hielt sich auch wieder der „Sittengendarm“ bereit. Heide trat wieder in

seiner Rolle auf, als M. gerade gegen das Mädchen zudringlich wurde, stellte sich als Sittengendarm vor und erklärte, daß das Mädchen nach erfolgter Anzeige mit Zuchthaus bestraft und unter stitenpolizeiliche Kontrolle gestellt werden würde. Alles das könne aber durch eine sofort zu erlegenden Buße vermieden werden. Das geängstigte Mädchen gab seine gesamte Barschaft von 2 Mark her, borgte auch noch in einem in der Nähe befindlichen Produktionsgeschäft 10 Mark, um von dieser unangenehmen Gesellschaft loszukommen. Beide wurde zu 1 Jahr 6 Monaten, Mierisch zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und beide zu 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Freiheit, die ich meine. Der berüchtigte Gladbacher und Brandstifter Vogelpoth ist zum zweiten Mal aus dem Gefängnis in München-Glabach ausgebrochen. Die Suche mit Polizeihunden war bisher erfolglos.

Guter Gang. Eine internationale Bande von Geldschrankbrechern ist von der Kattowitzer Kriminalpolizei in Essenlohan ermittelt worden. Die aus fünf Mitgliedern bestehende Bande hat nicht nur in Oberschlesien, sondern auch im Innern Deutschlands und in England große Geldschrankverbrechen verübt.

An der Explosion. In der Karbonitfabrik in Schlesisch ist nach sachverständigen Urteil weder der Karbonitgesellschaft noch den getöteten Arbeitern eine Schuld nachzuweisen, sodas wohl von einem Strafverfahren Abstand genommen werden muß. Der musterhaften Ruhe und dem entschlossenen Eingreifen der 400 Mann starken Arbeiterschaft ist es überhaupt zu verdanken, daß durch den Brand nicht ein unabsehbares Unglück herbeigeführt wurde. — Bei der Karbonitkatastrophe sind außer den vier Getöteten im ganzen 30 Personen verletzt worden, von denen nunmehr zwei gestorben sind.

Ein furchtbares Unwetter, verbunden mit Hagelschlag hat in der Nacht zum Sonnabend im größten Teile Kurhessens sowie in den Nachbarprovinzen die Erntefelder vernichtet. Die wolkenbruchartigen Regengüsse haben der Landschaft einen großen Schaden verursacht, besonders im oberen Fulda- und im Werragebiet. Der Personenbahnhof Bebra ist überschwemmt, alle Übergänge stehen unter Wasser.

Schiffunglück. Gestern Abend kenterte auf dem Rhein in der Nähe von Duisburg, ungefähr 200 Meter oberhalb der Eisenberger Fähre, das Dampfboot „Heinrich“, das ein Schiff in den Hafen schleppen wollte. Der Kapitän, dessen Sohn und der Maschinist ertranken trotz sofortiger Hilfeleistung.

Vom elektrischen Strom getötet. Der städtische Elektromonteur Kammerer in Nürnberg war im Hause Laufertorgraben 13 mit Anschließarbeiten beschäftigt. Er kam dabei mit dem Schild seiner Lampe an die Leitung. Der innerhalb der Lampe befindliche Draht ring teilte den Strom dem Kopfe mit und betäubte den Mann, wodurch er mittel und auf die Leitung zu liegen kam. Bald wieder zum Bewußtsein gekommen, schrie der Mann um Hilfe. Die herbeigekommenen Hausbewohner hatten aber nicht den Mut, den Unglücklichen anzufassen; sie beschütteten die brennend gemordenen Kleider mit Wasser, wodurch die Wirkung des elektrischen Stromes aber nur noch verstärkt wurde. Selbst konnte der Arme sich von dem 2000 Volt starken Strom nicht befreien und so mußte der Unglückliche zirka zehn Minuten in seiner schrecklichen Lage verharren, bis ein per Rad herangekommener Sanitäter den Armen, tatsächlich Gebratenen, hinwegriß. Unter den qualvollsten Schmerzen mußte der Unglückliche nach einigen Stunden im Krankenhaus sterben.

Eine Mittelstandsstille. Der eigentliche Begründer und Führer der Mittelstandsbewegung in Nürnberg, der Schuhmacheremeister Boas, ist in eine Zwischmühle geraten. Wie ein vor der Kammer für Handelsfachen des Nürnberger Oberlandesgerichts gegen ihn verhandelter Prozeß beweist, scheint er seinen Grundsatz „Hebung des Mittelstandes“ hauptsächlich auf sich anzuwenden. Der Herr hat vor kurzem seine Schuhwarenhandlung an zwei Kaufleute vom Stamm Israel, der sonst von den Mittelstandsleuten so wütend bekämpft wird, um ein schönes Stück Geld verkauft, wobei er den Jahresumsatz auf mindestens 38 000 Mk. angab. Wie aber die Käufer herausgefunden haben, beträgt der Umsatz nur 30 000 Mk., weshalb sie ihn wegen Täuschung verklagten. Vor dem Gericht spielte der Herr eine überaus klägliche Rolle. In dem Bestreben, dazutun, daß keine absichtliche Täuschung vorliege, stellte er sich gewissermaßen selbst als einen „dummen Kerl“ hin. Er redete sich darauf hinaus, von einem „kleinen Handwerksmann“ könne man nicht verlangen, daß er eine ganz genaue Buchführung habe. Dieser unschuldige „kleine Handwerksmann“, der sich hier auf seine mangelhafte Intelligenz zurückzieht, hält sich aber dennoch für befähigt, im öffentlichen Leben eine Rolle zu spielen, eine ganze Anzahl Ämter, wie das eines Magistrats, eines Leiters der Mittelstandsvereinigung, der Schuhmachereintaufgenossenschaft usw. einzunehmen. Das Gericht setzte die Verhandlung aus, um sich darüber schlüssig zu machen, ob es dem Mittelstandshelden den Eid darüber auferlegen soll, ob er wirklich so einfältig ist, wie er behauptet.

Standesamtliche Nachrichten

vom 30. Juni bis 6. Juli 1907.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
22. Juni. Matrose C. F. Peter. 24. Schuhmacheremeister F. W. Schinger. 25. Fabrikarbeiter A. F. J. Meißner. 26. Bäckereimeister B. J. D. Burmeister. 27. Eisenbahn-Wagenschieber J. F. P. Klenz. 28. Arbeiter C. Kaufmann. Kaufmann H. L. F. Pagels. Arbeiter F. J. G. Edler. Lokomotivführer C. H. G. Weist. Kaufmann W. C. Fehling (Hamburg). 29. Arbeiter J. R. C. F. Beulde. Maurer J. H. G. Wandte. Schneider H. F. Wagt. Arbeiter G. C. A. Kasch (Krempelsdorf). 30. Maler C. F. C. A. B. Braune. Tischler A. A. L. Beug. Kellner C. P. H. J. Glorius.
1. Juli. Arbeiter A. G. Winkelman. Arbeiter J. J. Stümer. Kellner F. H. C. Richter. 3. Kunstgärtner W. C. Bollert. Maurer A. F. F. Lizenhof. 4. Pastor R. F. H. A. Arndt. Arbeiter H. G. F. A. Ruhlmann. 5. Arbeiter C. F. H. Burmeister.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
9. Juni. Kaufmann J. W. H. F. Koop. 24. Schlachter H. F. W. Gerds. 25. Obergärtner H. D. E. Rokow (Zwillinge). Nieder-Büffau. Eisenbahn-Bureaubote J. H. Chr. Betersen. Arbeiter H. G. Retow. Schiffbauer M. Jochimsen. Schmiedemeister C. E. A. Gabe. 26. Zimmermann A. G. Chr. Hamann. Sattler R. W. F. Zeig. 27. Bäcker J. G. Th. Schander. Schreiber W. Joh. F. Leferburg. Stellmacher D. Th. H. Wiese. 28. Straßenreinerger W. Joh. F. Schlichting. Zigarrenmacher J. F. Joh. Bentzien. Schuhmann B. H. Bennemann. Arbeiter G. F. H. Fund. 29.

Landbriefträger C. Chr. D. Wehrend. Schiffhändler C. W. Chr. Molge. Buchhalter H. F. B. Moll. 30. Schriftfeger H. F. H. Lewes. Arbeiter C. D. F. Giesenhagen. Telegraphenarbeiter A. G. Joh. Wulff. Arbeiter H. Thiel. 1. Juli. Fuhrmann A. F. Dultgau. 2. Lokomotivhilfs-helfer A. H. D. Höpner. Laternenwärter G. F. Chr. Funk. 4. Schmied H. H. E. Jessin. Gärtner H. H. F. Sager. 5. Milchhändler A. Legandrowitz. Rechnungsführer J. C. W. Bläß. Mechaniker W. A. Bentzien.

Ungeordnete Aufgebote.

1. Juli. Arbeiter W. A. Jungmann und M. A. C. H. Albrecht. 2. Schreiber F. W. Triebel und M. Dembski. Tapezier und Dekorateur L. Jürgens und C. F. D. Ch. Wegner. Handlungsreisender W. C. Grether und Ch. A. C. Schwarze in Bremen. 3. Eisenbahn-Bureauaditator B. Th. Müller und M. M. M. Sais in Hamburg. Korfschneider G. Thiel und die geschiedene C. W. Wolf geb. Busch. Brauer M. Wiendl und W. A. Fabrenkrog. Eisenbahn-Diätar R. F. A. Strich und G. H. Lüben in Freiwalde a. d. Oder. Artist J. Windischmann und D. J. C. Voss, beide in Frankfurt a. M. 4. Postassistent F. G. E. Schatte in Hamburg und H. F. V. Heitmann. Tischler G. F. W. Sten und J. A. Andersson. Maschinentechniker C. H. J. Buttmann und M. Ch. M. Mecker in Stockelsdorf. 5. Kutscher W. H. Ch. Kehler und A. A. K. Hoffmann. Kaufmann A. J. Th. Friedrich in Hamburg und C. J. Th. Friedrich. Agent und Makler M. genannt M. Vlij in Amsterdam und D. Mecklenburg. Bildhauer R. H. Grimm und M. C. A. Schöndube in Neuhaldensleben.

Geschickungen.

2. Juli. Landbriefträger H. F. W. Krellenberg in Dummerstorf und A. C. C. Dultgau. Witzfeldweibel A. J. H. Hof in Rendsburg und H. M. H. Thaisen. 5. Gutspächter B. H. L. F. W. Busch in Jamel und C. H. L. J. Busch. Heizer L. W. C. Wähler und C. C. Koop. Arbeiter J. H. A. Martens und A. M. C. Jürs. Lehrer W. L. F. Scheel und D. M. J. Bentin. Tischler F. L. E. Ehler in Hamburg und C. M. S. Marten. Ritterguts-pächter R. J. A. Böbs in Elmendorf und J. J. A. C. Farms. 6. Eisenbahn-Wagenschieber J. J. Petersen und A. M. C. Weiffeling. Arbeiter H. Th. F. Givers und F. Chr. A. Wiggers in Tankenrade. Maurer H. J. A. J. Gagers und A. C. Chr. Schoof. Arbeiter M. C. F. Sternberg und Witwe A. C. G. Vohtfede geb. Schmidt. Arbeiter J. F. Voller und J. M. D. Rötger. Arbeiter W. H. J. Damm und C. A. W. Schacht. Arbeiter C. W. H. Böbs und A. M. C. Lange in Wesloe. Maurer J. Grabbert und C. M. C. Müller in Utecht. Buchhalter F. W. G. Seemann und J. M. D. Schörmann in Gieselrade. Hafensarbeiter M. L. Mejer und J. H. C. S. Meinsen. Arbeiter W. J. H. Jarchow und A. L. Aporius. Maschinenbauer H. F. A. W. J. Engels und W. C. Zins. Eisenbahn-Wagenschieber Chr. A. von Eizen und M. Chr. Sauskel. Kutscher L. A. H. Kageburg und A. C. D. Gahle.

Sterbefälle.

1. Juli. Ein Knabe, 5 J., V.: Arbeiter J. J. Stümer. Ein Knabe, in der Geburt verstorben, V.: Buchhalter A. F. J. D. G. Weiffeling. C. C. Chr. 2. M. 2. H. F. C. Baumann, 2 M. M. C. F. geb. Aude, Ehefrau des Gärtners J. H. W. Spehmann, 73 J. Privatmann J. B. H. Th. Köhnte, 77 J. Schlosser J. F. Müller, 35 J. Kaufmann H. C. J. Kreymann, 46 J. 3. Ch. C. M. geb. Müller, Witwe des Arbeiters H. H. Behnte, 71 J. Früherer Theater-Kassierer J. Weingarten, 73 J. W. H. geb. Strodmann, Ehefrau des Drechslers J. Ch. F. A. E. Neumann, 29 J. B. A. Ch. Schwarz, 3 M. Privatmann J. H. J. F. Jellen, 64 J. 4. Buchdruckergehilfe W. H. Th. Stacker gen. Fenecl, 42 J. A. Ch. Stoll, 1 M. 5. Schlachtermeister F. C. A. Luck, 39 J. M. C. W. Sahnkow, 10 J. Ein totes Knabe, V.: Kaufmann L. Th. Helmes. C. D. J. Abraham, 10 J. C. L. M. C. Schoening, 16 J. C. M. C. geb. Scharbau, Witwe des Bauunternehmers C. H. F. Schmidt, 85 J.

Literarisches.

„Von der Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 40. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Revanche. Von F. Wehring. — Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten. Von Morris Hillquit (New-York). — Minder-syndikate. Von W. Düwell. — Ein modernes Mineta. Von Richard Wagner. — Literarische Rundschau: Bruno Simmersbach. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft von 1878 bis 1904. Von W. Düwell. — C. Welfert-Vox. The Roots of Reality. Von J. B. Mew. — Dr. med. Ludwig Teleky, Die Phosphorretose. Von ad. br. — Notizen: Die Landwirtschaftsbetriebe in der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Von ad. br. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 14 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Politische Wetterzeichen. Von Luise Ziek. — Von der Heimarbeit. I. Von Gustav Hoch. — Der Verbandstag der Konsumvereine — ein Schritt rückwärts. Von W. D. — Anita Garibaldi. Von Anna Bloß. (Schluß). — Umsturz und Revolution. IV. Von J. B. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. M. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Weibliche Fabrik-inspektoren. — Landarbeiterfrage. — Frauenbewegung. — Feuillaton: Cure Weisheit. Von J. G. Fischer. (Gedicht). — Rote Öftern. Historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg. Von Robert Schweichel. (Schluß). — Sittlichkeit. Von Anna Julia Wolff.

Für unsere Kinder: Gut sein. Von Robert Reinick. (Gedicht). — Das Märchen vom Maulwurf. Von Richard Deymel. — Am Wasser fuß ich. . . Von Brand. — Das Riesenspielzeug. Von Adelbert v. Chamisso. (Gedicht). — Wie der Simplizius in die Welt zog. Von A. Jendrich. — Sven Hedin bei den Kirgisen. — Die Erdbeere. Von Ferd. v. Saar. (Gedicht). — Von einem Finken und wie es ihm auf dieser Welt erging. Von H. Scharrelmann. — Der Hahn. Von Robert Reinick. (Gedicht). — Der Zwerg Nase. Von Wilhelm Haug. (Schluß). — Untauglich. (Spruch). — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Wegner u. Co. Sämtlich in Lübeck.